

Das Grundgesetz verlangt ...

im Art. 20 Abs.1:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

im Art. 20 Abs. 4:

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

im Art. 14 Abs. 2:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

..... eine Verfassungsbeschwerde

gegen die Zerstörung unserer Sozialordnung.

Vom rechtlichen Umgang mit Geld – eine Anfrage über unser Staatsverständnis

von Dr. Dieter Petschow

30855 Langenhagen, Am Kielenkamp 35. dr.pet.prax@t-online.de Mitglied bei Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e. V.

« Lorsque le gouvernement viole les droits du peuple, l'insurrection est pour le peuple et pour chaque parti du peuple, le plus sacré des droits et le plus indispensable des devoirs. » Les Constitutions de la France depuis 1789

„Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, dann ist das Recht zum Aufstand das heiligste aller Rechte und die unerlässlichste aller Pflichten des Volkes und eines jeden Teils des Volkes.“
Art. 33 – 35 der Verfassung der ersten Republik Frankreichs von 1789

Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur - eine Verfassungsbeschwerde -

Einleitung

Lieber Leser, liebe Leserin! Irgendwann - ich kann das Datum nicht mehr genau benennen - hatte ich Politik-Talkshows und auch Politikermeinungen aus den Medien satt. Sie stimmten mit meiner Realität nicht überein. Denn am Morgen jeden Arbeitstags ging ich in meine Praxis, meine Mitarbeiterinnen waren auch da. Wir arbeiteten und arbeiteten. Ich aber stellte fest: Für unsere gemeinsame Arbeit bekamen wir weniger und weniger an Ertrag. Nach zwei Jahrzehnten mittlerweile erheblich weniger! Lag das an mir, oder an den Mitarbeitenden? War ich ein zu wenig geschäftstüchtiger Freiberufler? Die Realität meiner Arztpraxis waren niedrigere Löhne, niedrigere Honorare. Daneben gab und gibt es nach wie vor den gleichen Anspruch meiner Patienten, versorgt zu werden. Nachfrage war genug vorhanden, Angebot auch, also stimmte irgendetwas mit dem Geld nicht.

Ich wollte mir ein **eigenes** Bild machen - mit den Mitteln, die mir allein zur Verfügung standen. Dabei benutzte ich eine kaufmännische Betrachtungsweise, wie sie meiner Praxis angemessen ist.

Jahr um Jahr erstellen wir eine **Einnahmeüberschussrechnung** unserer Praxis, das heißt, mein Steuerberater zählt die Differenz zwischen Einnahmen und geschäftlichen Ausgaben. Was danach übrig bleibt, ist der **Gewinn unserer Arbeit**, abzüglich Brutto-Lohnsumme für die Mitarbeiter ergibt sich mein Anteil, diesen muss ich versteuern. Danach bleibt jener Betrag, für den meine Frau und ich unsere Familie - in unserer sogenannten sozialen Marktwirtschaft - ernähren und versorgen können. In betriebswirtschaftlicher Fachsprache heißt dieser Vorgang die Bildung eines **Saldo**, also der **Differenz von Soll und Haben**.

Jeder Kaufmann versteht, dass nicht alles Geld, was eingenommen wird, auch für seine Familie zum Einkaufen zur Verfügung steht. Nach Bezahlen aller betrieblichen Rechnungen müssen noch Zinsen und Mieten, außerdem Steuern und Sozialabgaben entrichtet werden. Wenn dies alles gezahlt ist, verbleibt der verfügbare Rest für den „Gang zum Markt“, und diesen Rest nenne ich „**effektiven Lohn**“. In seiner Summe stellt er die **Kaufkraft** unserer Arbeit dar. Für den Erwerb solcher Kaufkraft gehen wir jeden Morgen zur Arbeit, jeder nach seinen Berufspflichten und Fähigkeiten.

Was für mein Team gilt, trifft hierzulande für ca. **40 Millionen arbeitender Mitmenschen** zu, eingeteilt in **Arbeitnehmer**, obwohl sie ja eigentlich ihre Arbeit **geben**, und solche, die Arbeit organisieren, also auch arbeiten, genannt **Arbeitgeber**. Zwar kenne ich nur meine eigenen betrieblichen Zahlen, die Ergebnisse meiner Millionen Nachbarn werden mir lediglich in Summen mitgeteilt, Beträge, die ich bei entsprechendem Surfen im Internet finden kann (siehe Quellenangaben). Mit den dort erhältlichen Daten habe ich versucht, sorgfältig als **ordentlicher Kaufmann** einen **Haushalt für Deutschland** aufzustellen, dessen Ergebnis mir danach einen abgrundtiefen Schrecken einjagte. Wieder und wieder habe ich nachgerechnet, doch das Ergebnis blieb stets gleich. Ich suchte mir Hilfe, erntete dabei oft mildes Lächeln: Etliche Mitmenschen wussten längst Bescheid, andere waren diesbezüglich komplett ahnungslos.

Die folgende Zusammenfassung soll Politikergeschwätz durchleuchten und gleichzeitig darstellen, dass es diese Berufsgruppe ungeheuer schwer hat, unseren Staat anders zu führen als bisher getan, denn unser Geldsystem war nie Gegenstand politisch-demokratischer Entscheidung, es ist in Deutschland auch nicht Gegenstand von Allgemeinbildung.

Unser gegenwärtiges **Geldsystem** widerspricht grundlegenden Prinzipien unserer Verfassung, insbesondere dem **Freiheitsrecht**, dem **Gleichheitsgrundsatz**, dem **Eigentumsrecht**, der **Sozialstaatlichkeit** und dem Ziel gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Der Grundgesetzgeber hat das Geldsystem vorgefunden und nie problematisiert, und so befindet sich die wirtschaftliche Realität von 80 Millionen Deutschen **außerhalb der von der Verfassung vorgegebenen Grundrechte**.

Meine Arbeit will ich jedem vorlegen, der sie lesen möchte. Ich habe kein Copyright auf Abbildungen und Darstellungen. Jeder Bürger sollte diese Zusammenhänge kennen lernen. Deshalb habe ich beschlossen, meinen Suchweg aufzuschreiben.

Langenhagen, im September 2004

Dieter Petschow

Material und Methode

Für einen mittelständischen Betrieb wie meinem gilt die Pflicht einer einfachen **Gewinnermittlung**, d.h. die Darstellung eines **Einnahmeüberschusses**: Von den Einnahmen sind die betrieblich veranlassten Ausgaben abzuziehen, der daraus errechnete Gewinn wird versteuert, es bleibt ein **Netto-Einkommen**. Meine Praxis hat im Grundbuch eine **Hypothek** eingetragen, folglich gehört die Praxis mir nicht allein. Miteigentümer ist eine große norddeutsche Bank, an die wir regelmäßig Zinsen überweisen. Die meisten Betriebe in Deutschland haben derartige Miteigentümer, sie haben einfach Schulden. **Eigentum und Besitz sind nicht identisch** – das musste ich lernen.

Für jeden unter diesen Bedingungen in Deutschland arbeitenden Menschen, egal, ob in leitender Position, beamtet, angestellt, freiberuflich, als Arbeiter oder sonst wie tätig, ergibt sich diese Dreigliederung der Ausgaben vor Erhalt seines ihm zur Verfügung stehenden Lohnes: Vom Arbeitsertrag werden abgezogen **Zinsen und Mieten, Steuern sowie Sozialabgaben**. So kommt es zu der allen Bürgern bekannten **Kaufkraft** als **Gegenleistung für getane Arbeit**. Diese persönliche und auch volkswirtschaftliche Größe ist nicht unmittelbar vergleichbar mit dem Netto-Lohn, beinhaltet dieser doch die Zinsen privater Schuldverhältnisse (auch den Zinsanteil in privaten Mieten) sowie indirekte Steuern, andererseits sind alle arbeitenden Menschen mit ihrer gesamten verbleibenden Kaufkraft gemeint, sie wird von mir als „**effektiver Lohn**“ bezeichnet.

Aus meiner Betriebsbuchführung mit seinem einfachen Programm weiß ich, dass Geld nie verschwindet, sondern: **Wenn ich Geld ausbebe, nimmt es ein anderer Mensch ein**. In der Betriebsbuchführung heißt dies schlicht: **Konto versus Gegenkonto**. Jede Ausgabe ist auf der anderen Seite eine Einnahme, auch wenn ich nicht genau weiß, wie das von mir Überwiesene dann weiter verwandt wird. **Die Summe aller Ausgaben ist die Summe aller Einnahmen**. Geld ist nie weg, sondern immer nur woanders. Wer Zinsen zahlt, hat einen **Gläubiger**. Wer Mieten zahlt, hat einen **Vermieter**. Wer Steuern zahlt, gibt Geld an Menschen, die für den Staat arbeiten oder Geld für Gläubiger und Vermieter von Privateigentum in Fremdnutzung des Staates. Wer **Sozialabgaben** zahlt, hat **Berechtigte** und **Bedürftige** als sein Gegenüber. So bilden alle Zahlungen irgendwo bei andern Menschen Einnahmen, und zwar nur bei lebenden Menschen, niemals bei juristischen Personen – diese sind nur Verteiler! Nur mit Netto-Einnahmen aber können wir einkaufen gehen, Abzüge jeder Art sind Brutto-Einnahmen an einem anderen Ort.

Jeden Tag gehen ca. 40 Millionen Bürger in Deutschland zur Arbeit. Sie alle haben einen **Arbeitsertrag**, dessen Summe hier nur zwecks Vereinfachung einmal von mir zu **100 %** gesetzt wird. Ich fand in meinen Recherchen diese **100%** wieder im **Brutto-Inlands-Produkt (BIP)**, definiert als die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Auf dieser 100%-Basis ist die von der Bundesregierung kostenlos herausgegebene Wirtschaftsstatistik aufgebaut. (Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik; Bundesministerium für Arbeits- und Sozialordnung - als CD dort erhältlich). Alle sogenannten **Quoten** beziehen sich auf dieses **BIP**.

Zum Beispiel gibt es eine **Steuerquote**. Diese besagt, wie viele Prozente vom vollen Arbeitsertrag BIP der Bund, die Länder und die Gemeinden an Steuern bekommen, entweder direkt gezahlt oder indirekt über Endverbraucher-Preise einkassiert. Diese Steuerquote lag im Jahre 1970 bei 23% BIP, im Jahre 2002 bei 22% BIP des stetig gewachsenen Wirtschaftsvolumens.

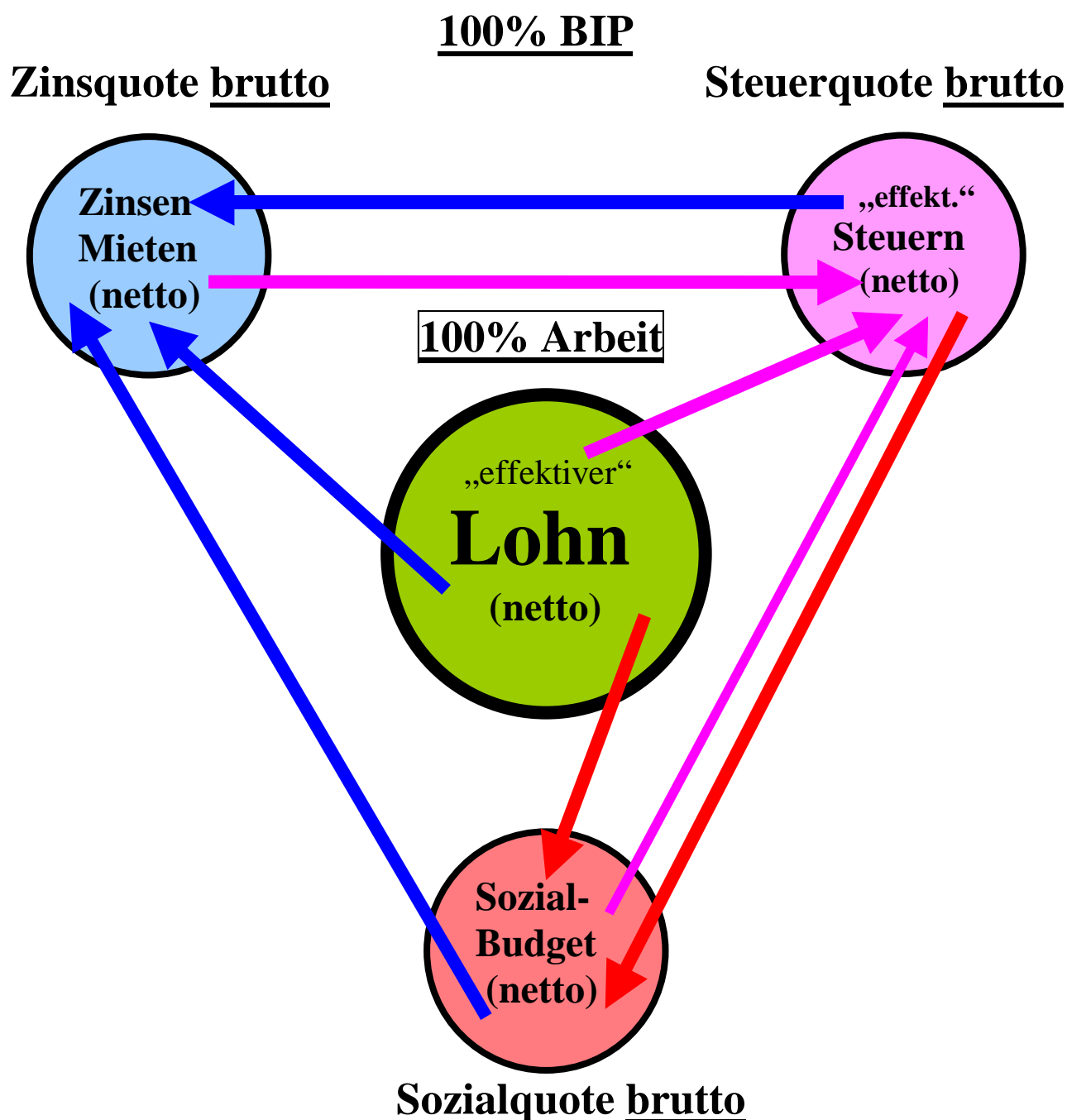
Auch fand ich eine **Sozialquote**, die anzeigt, wie viele Prozente des gesamten Arbeitsertrages BIP herangezogen werden zur Finanzierung unseres Sozialstaates. Diese Sozialquote lag im Jahre 1970 bei 24% BIP und stieg bis zum Jahre 2002 auf 36% BIP an, sie wird auch **Sozialbudget** genannt.

Deutlich schwerer zu ermitteln war die **Zinsquote** (www.geldreform.net), synonym auch für Kapitalertragsanteil am BIP. Es wird von mir darin aufsummiert der Anteil des Arbeitsertrages, den wir für Verschuldung als Zinsanteile in Miete, Pacht, Endverbraucherpreisen etc. vom gemeinsam Erarbeiteten abzugeben haben an **Eigentümer von realem Besitz oder von Geldvermögen**. 1970 lagen allein die Bankzinserträge bei 8 % BIP, stiegen dann bis zum Jahre 2002 auf 20 % BIP (!) an. Neben diesen Erträgen aus Geldgeschäften gibt es noch Fremdnutzungsverträge mit Schuldschein-Charakter, die ebenfalls **Kapitalertrag** einbringen. Mieten, Pacht, Dividenden aus schuldenfreiem Realkapital sind solche Erträge, sie werden vorsichtig als noch einmal so hoch geschätzt, da eine Kapitalverwertung gerade aus Realbesitz deutlich höher liegt. Auch verschieben spekulative Geschäfte Ertrag aus Arbeit in Richtung Geldertrag ohne Arbeit. Aus den unterschiedlichen Angaben habe ich mir zur Darstellung einer grundsätzlichen Problematik für die beiden Jahrgänge eine **mittlere Brutto-Zinsquote von ca. 16% bzw. 35% BIP** herausgesucht. Die Erträge lagen in dieser Größenordnung, es gibt aber auch Schätzungen darunter und darüber. Zur Darstellung der Problematik und ihrer verheerenden Wirkung reichen diese Mittelwerte aus, ebenso sind die betrachteten Teil-Kollektive unserer Bevölkerung ausreichend groß genug, sodass hier diese kalkulatorischen Größen anwendbar bleiben.

Es war mir also per Internet möglich , **Steuer- und Sozialquote** exakt, die **Zinsquote** hinreichend genau zu ermitteln und sie - jeweils zu einem Jahrgang passend - aufzuaddieren. Dabei merkte ich, dass pures Aufsummieren dieser Allokations-Quoten wenig sinnvoll war, denn es blieb dabei eigentlich als „effektiver Lohn“ zu wenig bzw. gar nichts übrig. Anscheinend war ich so mit meinem kaufmännischen Verstand am Ende. Aber dann träumte ich eines Tages doch noch die Lösung.

Diese Lösung ist dargestellt in Abbildung 1:

Im Zentrum steht die Arbeit. Alle geldwerten Erträge (100 % BIP) sind das Ergebnis von Arbeit (neben unendgeldlicher Arbeit, die es reichlich gibt). Aus diesen Arbeitserträgen werden Zinsen / Mieten, sowie Steuern und Sozialabgaben bezahlt. Diese drei vom BIP abzuziehenden Posten kommen aus unterschiedlichen Bereichen der Volkswirtschaft und haben ihrerseits untereinander Zahlungsverpflichtungen. Zins/Miet-Einnahmen kommen hierzulande nicht nur aus der Arbeitswelt, sondern auch aus Steuermitteln sowie über Verwendung von ausbezahlten Löhnen. Steuern kommen aus Arbeit, aber auch aus Kapitalertrag sowie indirekt über Verbraucherpreise. Der Staat ist nicht nur verschuldet, er hat auch gemietet und gepachtet. Alles dies bedingt Ausgaben auf Seiten der Steuern und entsprechend dem Modell „**Konto – Gegenkonto**“ Einnahmen bei den Zinsen und Mieten. Nach unserem Steuerrecht sind Zinseinnahmen aber auch steuerpflichtig, so dass ein Teil der Zins/Miet-Einnahmen wieder an den Staat zurückfließt.

Abb. 1: Berechnungs-Schema:

Kapitalertrag zahlt Steuern, Steuern zahlen Kapitalertrag und Sozialbeiträge, Sozialbeiträge zahlen Kapitalertrag und Steuern. Erst die kaufmännische Saldierung ergibt die Netto-Einnahme und Marktmacht der einzelnen Quoten. Diese daraus resultierenden Netto-Quoten werden vom BIP abgezogen und erbringen so per Saldo den Netto-Ertrag aus Arbeit, hier den „effektive Lohn“.

(Anmerkung: der „effektive Lohn“ repräsentiert genauso wie die drei Netto-Quoten eine anteilige Marktmacht (auch Kaufkraft) und ist nicht vergleichbar mit den üblichen Brutto- oder Netto-Lohnsummen abhängig Beschäftigter aus der Literatur der Volkswirtschaft.)

Lieber Leser, liebe Leserin, Sie werden jetzt gebeten, sich das Schema dieser **Abbildung 1** anzuschauen und Ihren eigenen Standpunkt jeweils auf eine der Ecken dieses Dreiecks zu verlegen.

Oben rechts: Steuern: Aus Arbeits- und Zinserträgen werden hierzulande Steuern gezahlt, dazu kommen noch Steuern aus Einnahme-Verwendung, sie befinden sich verdeckt in den Preisen. Dies sind die Einnahmen staatlicher Organe. Der Staat zahlt aber auch Zinsen und Mieten und über unsere Steuern werden Geldmittel in das Sozialbudget umfinanziert. Diese Beträge sind vom Standpunkt staatlicher Kassen fixe Ausgaben vorab. Nach deren Saldo entsteht die „**Netto-Steuerquote**“. Die Höhe der Netto-Einnahmen ist der Saldo zwischen Einnahmen und den beiden Ausgabeposten **Kapitaldienst** und **Sozialpflicht** des Staates. Über gesetzliche Regelung kann der Staat hier Einnahmen, fixe Ausgaben und seine Netto-Erträge beeinflussen.

Unten: Das Sozialbudget bekommt Einnahmen von der Arbeitswelt und aus Steuermitteln. Jetzt wird Sie vielleicht verwundern, dass hier ein blauer Pfeil in Richtung Zinsen gezeichnet ist, denn es ist unüblich zu denken, ein Rentner, ein Pensionär, ein Sozialhilfeempfänger oder jemand, der Krankengeld, Wohngeld oder eine sonstige staatliche Leistung bekommt, zahle aus diesen Zuwendungen Zinsen. Aber lassen Sie diesen Pfeil einfach mal stehen, ich komme bei der Ermittlung der „**Netto-Sozialquote**“ darauf zurück. Das Sozialbudget wird außerdem mit indirekten Steuern über die Endverbraucherpreise belastet – direkte Steuerzahlungen aus Mitteln des Sozialbudgets werden vernachlässigt.

Oben links: Zinsen/Mieten werden gezahlt vom Staat, von der Arbeitswelt, aber auch von ausgezahlten Netto-Erträgen wie auch aus Zuwendungen über das Sozialbudget. Die obengenannte Brutto-Zinsquote zeigt die Einnahmeseite. Abzüglich Steuern ermittelt sich hier als Differenz von Soll und Haben die **Netto-Zinsquote**. Dieser wollen wir ebenso ein besonderes Augenmerk zukommen lassen (siehe unten).

Die Summe aller Staats-Einnahmen ergibt die **Brutto-Steuerquote**, in beiden verglichenen Jahrgängen 1970 und 2002 fast gleich groß mit 23% bzw. 22% des gesamten Arbeitseinkommens von 100% BIP. Dieser Betrag steht der Kaufkraft des Staat keineswegs voll zur Verfügung. Mieten und Zinsen müssen vorab bezahlt werden, auch sind gesetzlich vereinbarte Mittel abzuzweigen an das Sozialbudget. Erst nach Saldierung dieser „**Durchlaufposten**“ und Abzug des Zinsanteils in den Endverbraucherpreisen des Staates errechnet sich die **Netto-Steuerquote**. Sie ist die **Differenz von Soll und Haben** aller steuereinnehmenden Instanzen.

Für Zinseinnahmen und Steuerausgaben bzw. Steuereinnahmen und Zins- sowie Sozialbudget-Zahlungen ist dieser Sachverhalt jedem Menschen, der einen mittelständischen Betrieb leitet, offensichtlich, weil bekannt.

Beim Sozialbudget ergeben sich besondere Überlegungen. **Einnahmen und Ausgaben** aller Sozialkassen aus Arbeitswelt und Steuermitteln ergeben das **Brutto-Sozialbudget**. Mit diese Beträgen gehen die Menschen, die daraus ihre Einkünfte bekommen, einkaufen (z.B. mieten sie eine Wohnung, verbrauchen Wasser, Gas, Strom, gehen in Läden und Supermärkte und fahren mit Bahnen). Indem sie beispielsweise ihre Rente ausgeben zum Lebensunterhalt zahlen sie über alle **Endverbraucherpreise** einen durchschnittlichen Zinsanteil, der im Schema der **Abb. 1** mit einem blauen Pfeil vom Sozialbudget zu den Zinsen dargestellt ist, und zwar in der kalkulierten Höhe der jeweiligen Brutto-Zins-Quote eines Jahrganges.

Wie kommt diese Zinszahlung zustande ?

Hier ein Beispiel eines mittelständischen Betriebes:

*Fa. Axmacher GmbH & Co. KG hat sich eine Fabrikhalle gemietet und einen Kredit aufgenommen. Die Firma stellt etwas her, was wir im täglichen Leben dringend brauchen, sei es als End- oder als Zwischenprodukt. Fa. Axmacher zahlt Miete und Zinsen an Vermieter bzw. Bank und holt sich selbstverständlich diese Zahlungen über die Preise für ihre Produkte wieder herein. Wie sollte es auch anders sein? Der Kunde von Fa. Axmacher bezahlt demnach Zinsen und Mieten über die Preise der Produkte von Fa. Axmacher. **Alle Verbraucher zahlen alle betrieblichen Mieten und Zinsen aller produzierenden Firmen.***

Auf diesem Wirtschaftsweg landen alle Zinsen und Mieten letztendlich in den **Endverbraucherpreisen**, es geht gar nicht anders. Jeden Tag werden sie auch von den Menschen bezahlt, die aus dem Sozialbudget ihre Endverbraucherpreise ersetzt bekommen. Demnach ergibt sich aus der Tatsache, dass heute 19,1 Millionen Rentner und Pensionäre, 4,3 Millionen Arbeitslose, 2,3 Millionen von Sozialhilfeempfängern und Wohngeldbeziehern beim täglichen Einkauf die in unseren Wirtschaftskreisläufen enthaltenen Zins- und Mietzahlungen schließlich mit aufbringen müssen.

Auch ein anderes Bild ist vielleicht hier erhellend:

*Wir hören viel von der sog. Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung. Demnach muss es auch eine „Pro-Kopf-Bezinsung“ geben. Tatsächlich kommen alle Menschen in einem Wirtschaftsraum für alle Schuldzinsen über ihre Endverbraucherpreise auf. Ersetzt ein **Geldgeber** einem **Schuldner** seine Lebenshaltungskosten, so muss er ihm zweierlei Geld zukommen lassen: 1. seine **Schuld-Zinsen** und 2. seinen unmittelbaren **Lebensunterhalt**. So enthalten alle Sozialzahlungen neben indirekten Steuern für den Staat auch alle anteiligen Kapitalerträge der Eigentümer.*

Der in den Endverbraucherpreisen enthaltene **Zinsanteil** ist den meisten Menschen überhaupt nicht bewusst, in den Wirtschaftswissenschaften wird er unter der allgemeinen Rubrik „Kosten“ verdrängt. Er entspricht aber im statistischen Mittel genau jener **Brutto-Zinsquote**, das heißt im Jahre **1970 ca. 16%**, im Jahre **2002 ca. 35%**. Von jedem Endverbraucher-Euro bekommen heute Guthaben- und Sacheigentümer 35 Cent als Brutto-Einnahme, der Staat erhält 13 Cent indirekte Steuer, lediglich 52 Cent aller sog. Netto-Einkünfte sind Kaufkraft für den Bezieher des Geldes.

Lieber Leser ! Liebe Leserin ! Lesen Sie bitte hier ganz langsam !

Eine Großmutter, die ihr Leben lang gearbeitet hat, bekommt aus dem Sozialbudget unseres Gemeinwesens Rente. Die Rente ist niedrig, die Großmutter hat keine weiteren Einkünfte, sie ist demnach auch nicht direkt **steuerpflichtig**, doch gleichwohl neben den **indirekten Steuern** in den Preisen **zinspflichtig aus einem Schuldverhältnis, in das sie nie eingewilligt hat**, von dem sie auch gar nichts weiß. Die Preise, die sie zahlt, sind belastet mit eben der so wenig bekannten **Brutto-Zinsquote**. Das Einkassieren derartiger Beträge über die Preise geschieht auf gleichem Wege wie bei Verbrauchs-Steuern, Steuern eben an den Staat, Zinsen für die Eigentümer, der Rest netto für den Kauf.

Ich hoffe, ich habe das Schema der **Abbildung 1** ausreichend dargelegt. **Arbeit schafft 100% aller Werte**, gemessen in Geldeinheiten. Zinsen und Mieten gibt es für Eigentümer, Steuern für den Staat, Sozialabgaben für Berechtigte. Der verbleibende Rest ist der „**effektive Lohn**“ – **Kaufkraft** für alle Arbeitenden. Die Pfeile der Abbildung 1 zeigen die Beziehungen zwischen **Kapitalertrags-, Steuer- und Sozialquote**.

Das Jahr 1970

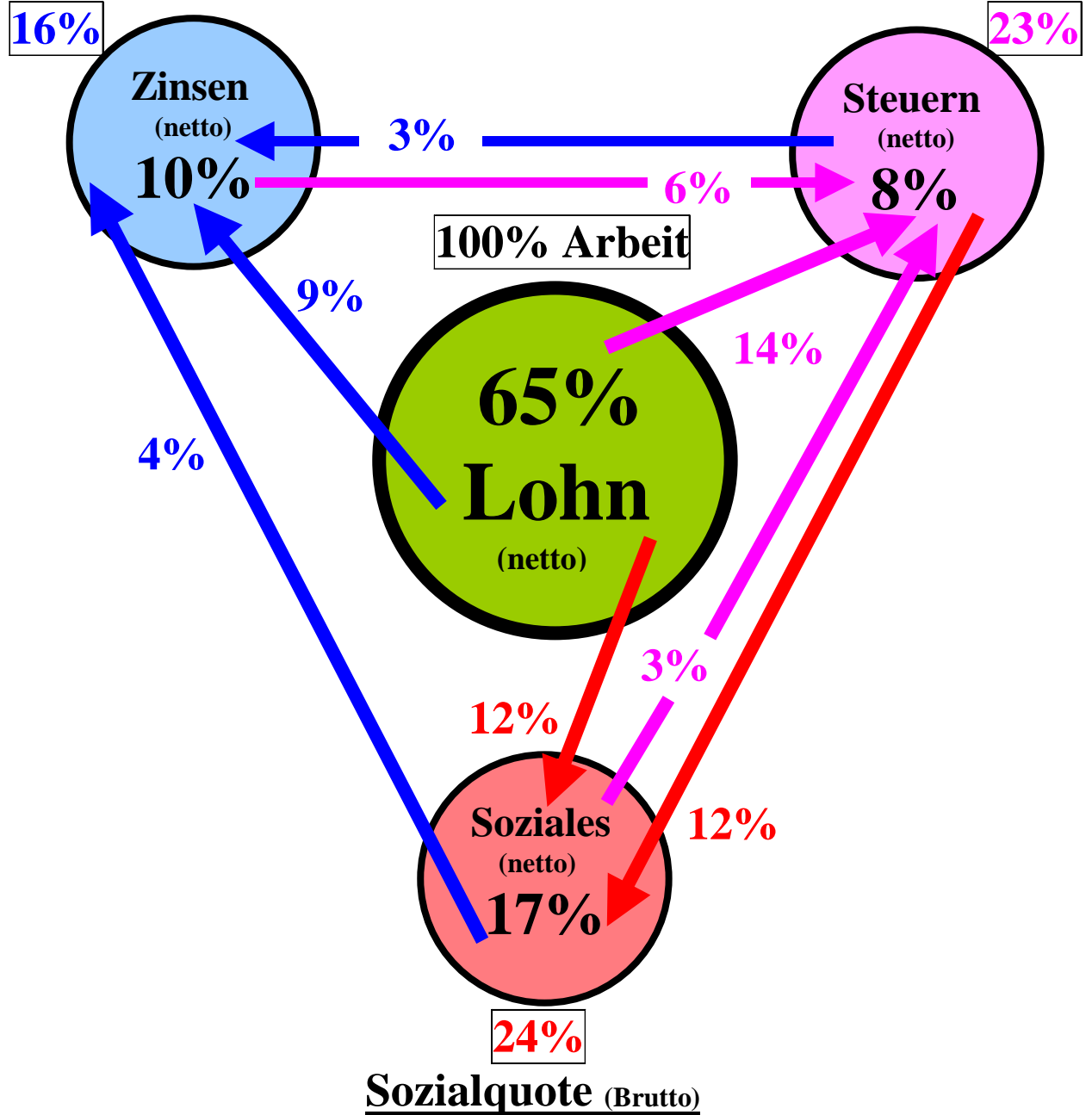
Die in der Einleitung genannten Quellen gaben mir die Möglichkeit, für das Jahr 1970 das Brutto-Inlandsprodukt (BIP), die -Steuerquote und die -Sozialquote zu erfragen, ebenso die -Zinsquote als volkswirtschaftliche Größe abzuschätzen. Die Quoten (**Abb.1**) sind in Prozent des BIP angegeben. Die übrigen Prozentzahlen der Abb.2 beziehen sich immer auf **100 % BIP** und zeigen, dass Zins- und Mieteinnahmen 1970 noch ordentlich besteuert wurden. Der Staat war wenig verschuldet, folglich zahlte er nur eine kleine Summe an Zinsen. Diesen Anteil kann man ebenfalls im Internet als sogenannte **Steuer-Zins-Quote** erfragen, aufgelistet über die Jahrgänge. Zahlt der Staat selbst Endverbraucherpreise aus seinen Netto-Einnahmen, so beinhalten auch diese Summen den kalkulierten Zinsanteil, dieser als indirekte Zinszahlungen kommt noch dazu. Jedem Mitbürger ist bekannt, dass er von seinem Arbeitseinkommen, dem sogenannten Bruttolohn, einen entsprechenden Betrag an das Finanzamt abgibt. Aber an das Finanzamt fließen auch noch andere direkte Zahlungen wie Kfz-, Mehrwert-, Körperschaftssteuer, daneben indirekte Steuern, von denen wir kaum etwas merken, wie Alkohol-, Tabak-, Mineralöl-, Öko-Steuer etc. pp. Alle diese Steuerarten werden aber im Laufe des Wirtschaftens gezahlt und bilden in ihrer Summe einen Anteil am Ganzen, die **Brutto-Steuer-Quote** des **BIP**.

Aus den eingenommenen Steuern wurden zum **Sozialbudget 12% BIP** ausgezahlt, ein gleich großer Betrag kam aus der Arbeitswelt - wir kennen alle diese Abzüge von Steuern und Sozialabgaben vor dem Erhalt unseres Nettolohns. Die ebenfalls vom Arbeitsertrag abgebuchten und auf der Gegenseite eingenommenen **Zinsen und Mieten (inkl. Dividenden und Pacht)** kennen wir zum größten Teil nicht; sie bleiben in den Firmen den Arbeitnehmern (und ihren Gewerkschaften) gegenüber unerwähnt. Aber auch die privaten Zinsen und Mieten sind in dieser volkswirtschaftlichen Betrachtung mit hineinsummiert. Und so ergibt sich schließlich eine sogenannte Nettorechnung wie sie in **Abb. 3** für das Jahr 1970 dargestellt ist. In jenem Jahr mussten alle, die arbeiten gingen, **10% an Vermieter und Verleiher** abgeben, diese durften die Beträge behalten, es war ihr **Nettoertrag**. Auch wenn der Staat 23% des BIP an Einnahmen hatte, so blieb ihm doch nach Zins- und Sozialabgaben nur **8% BIP netto** übrig. Mit diesen Beträgen konnte in Deutschland Politik gemacht werden. Den Rentnern, Pensionären, Sozialhilfeempfängern, Kranken, Wohngeldbeziehern und Sozialhilfeempfängern stand insgesamt ein **Nettobetrag von 17% BIP** zur Verfügung. Die fehlenden 7% als Differenz zur Brutto-Sozialquote waren **Zins- bzw. Steueranteile in den Endverbraucherpreisen** dieser Bevölkerungsgruppe.

100% BIP 1970 = 675 Mia. DM

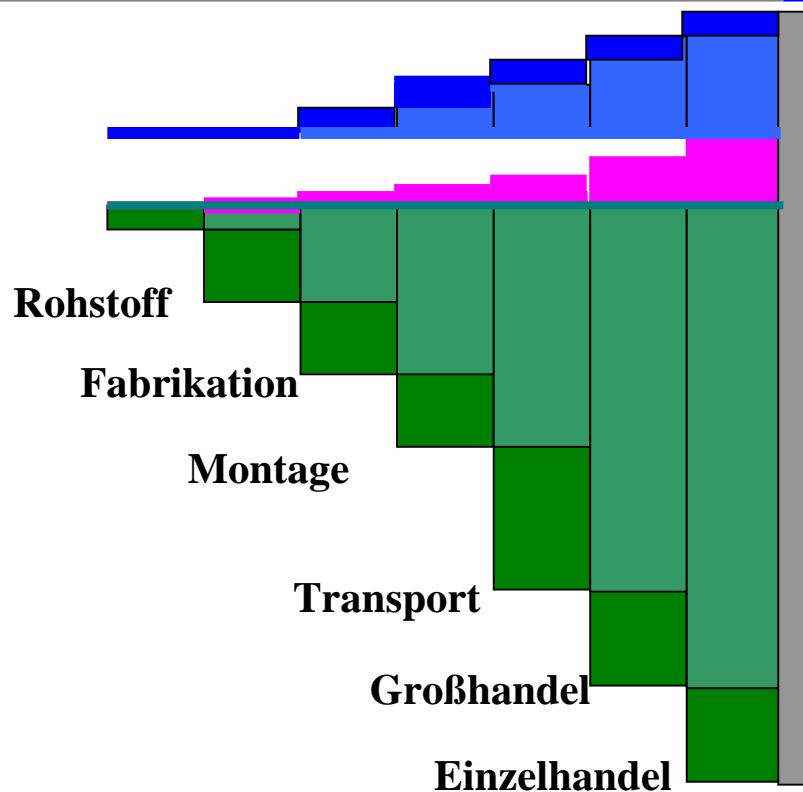
Zinsquote (Brutto)

(Brutto) Steuerquote



(Erläuterungen siehe Text)

Der Kunde ist König, aber auch Schuldner, Steuerzahler und Arbeitgeber.



16% Kapitalertrag (Zinsen/Mieten/Pacht)

11% Steuern (indirekt)

73% Arbeitsertag (mit Unternehmerlohn)

Akkumulation der Kapital- und Arbeitskosten zuzüglich Steuern im

1970

Endverbraucherpreis

Brutto - Kaufkraft/D-Mark-1970 - Netto

100% BIP Arbeit

675 Mia.

8% BIP	8 % Steuern	55 Mia.	
10% BIP	10 % Kapitalertrag	65 Mia.	
17% BIP	17 % Soziales	115 Mia.	
65% BIP	65 % Kaufkraft	440 Mia.	<u>65% BIP</u>

23% BIP Steuern

155 Mia.

3% BIP	13 % Kapitalertrag	20 Mia.	
12% BIP	52 % Soziales	80 Mia.	
	35 % Kaufkraft	55 Mia.	<u>8% BIP</u>

24% BIP Sozialabgaben

162 Mia

4% BIP	16 % Kapitalertrag	26 Mia.	
3% BIP	11 % Steuern	18 Mia.	
	73 % Kaufkraft	115 Mia.	<u>17% BIP</u>

16% BIP Kapitalertrag

108 Mia.

6% BIP	38 % Steuern	41 Mia.	
	0 % Soziales	0,00	
	62 % Kaufkraft	65 Mia.	<u>10% BIP</u>

Arbeit schafft alle Kaufkraft = 100% BIP

Dr. Dieter Petschow, 30855 Langenhagen E-mail: dr.pet.prax@t-online.de

Nettoverteilung des BIP 1970 = 675 Mia. DM = 100%

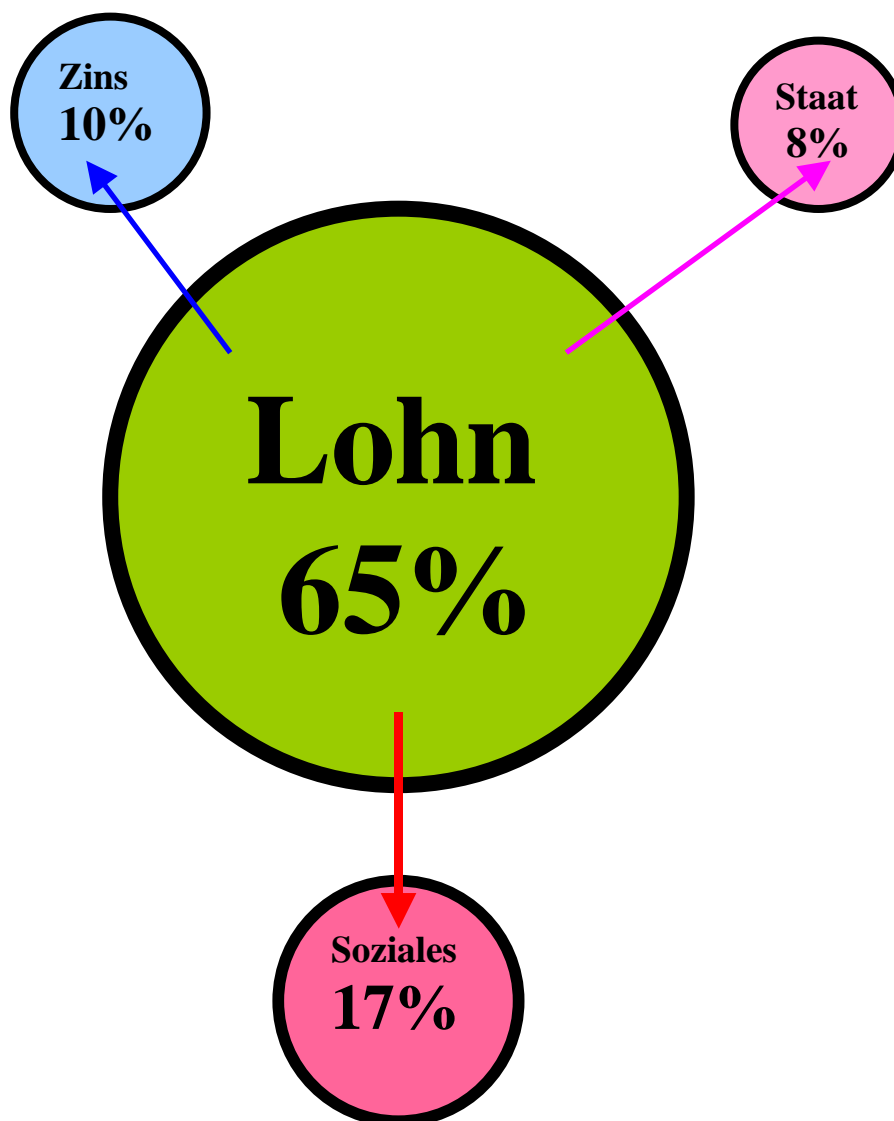


Abb. 3

Jeder Schuldner, der **Zinsen/Mieten** bezahlen muss, nimmt diese Beträge zwar ein, gibt sie aber weiter **an seine Gläubiger/Vermieter**. Der Betrag steht ihm zum Einkaufen nicht zur Verfügung. Dieser Sachverhalt gilt für jeden Einzelnen wie auch für eine ganze Volkswirtschaft. Jedem verschuldeten Menschen, dem ich ohne Entschuldung seinen Lebensunterhalt erstatte (**nichts anderes tut das Sozialbudget**), muss ich auch die von ihm geforderten Zinsen und Mieten zahlen. In der kleinen Betriebsbuchführung meiner Praxis heißt ein solche Zahlung **Durchlaufposten**; er wird eingenommen und weitergereicht an den Empfangsberechtigten. Die Zinsen meiner Praxis nehme ich ein über Honorare nach ärztlichem Arbeiten, bezahlt von privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen, gebe sie aber – für meine Praxis gewinnmindernd - zur Bank weiter. Dort wird dieses von meinem Team erarbeitete Geld verteilt - nach Abzug der Bankmarge - an ihre Einleger. Möglicherweise ist einer von ihnen **mein Nachbar**. Auf analogem Wege werden Sozialbeiträge eingesammelt und verteilt, nur von einer anderen Behörde, nach Abzug der Verwaltungskosten. Auch diese Beträge landen in meiner **Nachbarschaft**.

Lieber Leser, liebe Leserin, Sie wissen nicht erst jetzt: **Brutto und Netto** unterscheiden sich erheblich, dies gilt für Steuer-, Zins- und Sozialquote analog. Eine Firma, die einen hohen Umsatz hat, nimmt viel Geld ein. Muss sie von diesem Geld aber viel ohne Gegenleistung weitergeben, bleibt ihr nur geringer und schließlich gar kein Nettoertrag, ihre Kaufkraft oder Marktmacht ist gering. Diese kaufmännische Binsenweisheit gilt für einen einzelnen Menschen, eine Familie, jedes Kollektiv, ja auch für die „Firma“ Bundesrepublik Deutschland, selbst für die ganze Erde. Mikroökonomisch (betriebswirtschaftlich) führt eine solche Entwicklung in **Insolvenzen**, makroökonomisch (volkswirtschaftlich) in die **Zerstörung jeder Sozialordnung**. Im Jahre **1970** mussten alle Menschen in Deutschland von ihren Arbeitserträgen **10% Zinsen, 8% Steuern und 17% Sozialabgaben** bezahlen, danach konnten alle, die Arbeit geleistet hatten, mit dem Rest, dem von mir so genannten „**effektiven Lohn**“ einkaufen gehen. **65%** allen wirtschaftlichen Ertrages konnten sie ihr erarbeitetes Eigentum nennen. **Tab.1** zeigt diese Summen- und Saldenrechnung im Überblick. Was also sollte sie hindern, wiederum anderen (z.B. Handwerkern) Arbeit zu verschaffen, Waren und Dienstleistungen nachzufragen, somit ihren eigenen wirtschaftlichen Fortschritt wahrzunehmen und den anderer zu fördern? **Arbeitslosigkeit gab es praktisch nicht!** 150.000 Menschen in Deutschland waren ohne Arbeit – eine winzige Gruppe gegenüber dem Heer der Arbeitssuchenden heute. Damals hatten wir echte Arbeitgeber – unsere Nachbarn. Soweit das Jahr 1970. Schauen wir nun, wie diese Rechnung nach o. g. Schema 32 Jahre später aussieht.

Das Jahr 2002

Sie finden, geneigter Leser, geneigte Leserin, in **Abb. 4** das gleiche Schema wie in Abb. 2, nur hier mit den Zahlen **32 Jahre später**.

Unsere Wirtschaft ist mächtig gewachsen, statt 675 Milliarden DM (100% BIP im Jahre 1970) hat sie jetzt ein Leistungsvolumen von 2.100 Milliarden Euro (100% BIP im Jahre 2002), also mal 6,2 (nominal).

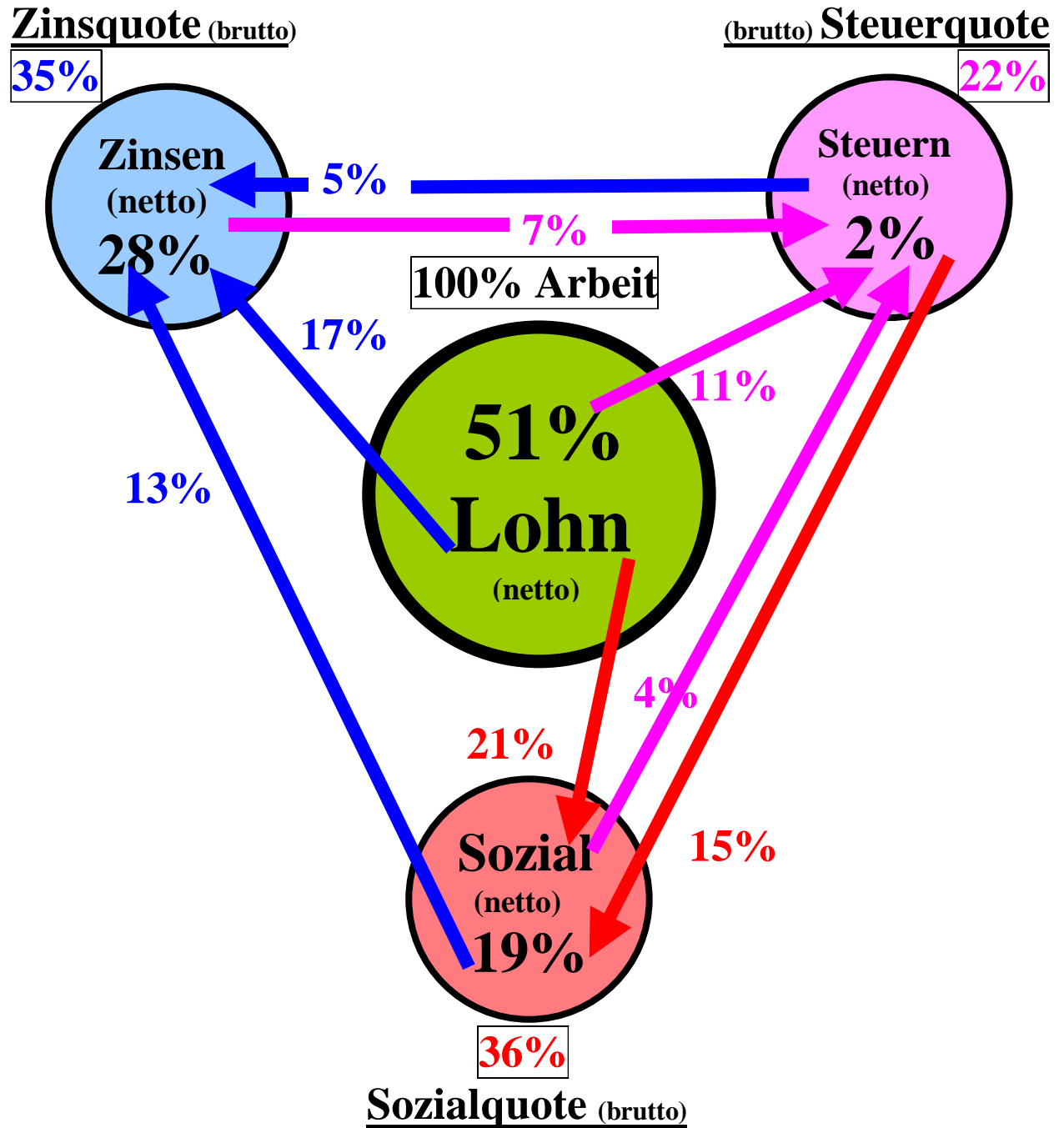
Die Steuerquote ist leicht gesunken, nämlich auf 22% BIP, die Brutto-Sozialquote ist mittlerweile - quälend und viele Politikerherzen beschäftigend - von 24% auf 36% BIP angestiegen, die Brutto-Zinsquote von ca. 16% BIP auf ca. 35 % BIP (hinreichend genau).

Neben **Wirtschaft** und **Privatwelt** ist der **Staat** mittlerweile hochverschuldet und zahlt 5% BIP Zinsen und Mieten und bekommt aus Zins- und Mieteinnahmen 7% BIP Steuern. Aus der Arbeitswelt kommen direkte und indirekte Steuern von 11% BIP in das Steuersäckel, vom Sozialbudget 4% BIP indirekte Steuern. Zusammen ergibt sich die **Brutto-Steuer-Quote von 22% BIP**.

Ganz wesentlich aber ist der **Zuschuss zum Sozialbudget aus Steuermitteln von 15% BIP**. 21% BIP kommen aus den Brutto-Löhnen, zusammen ergibt dies die Brutto-Sozialquote von 36% BIP, deren Höhe immer wieder beklagt wird.

Nun sollte man fast meinen, es müsse Rentnern, Pensionären, Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern sowie Kranken und Arbeitslosen angesichts derartiger Budgetanhebungen außerordentlich gut gehen. Doch bis zum Jahre 2002 hat sich auch die „**Landschaft der Preise**“ deutlich verändert. Endverbraucherpreise tragen - im statistischen Mittel – ca. **35% Zinsquote**. Alle 40 Millionen Menschen, die Endverbraucherpreise ersetzt bekommen aus dem Sozialbudget, zahlen, indem sie mit diesem Geld (auch Kindergeld) für ihren Lebensunterhalt einkaufen, ca. 35% des gesamten Sozialbudgets an Mieten und Zinsen neben ca. 13% indirekter Steuern. Dieser Bevölkerungsgruppe steht in Deutschland deshalb **netto nur ca. 19% BIP** zur Verfügung. Das **tatsächliche Sozialbudget** ist also - bei einer Ungenauigkeit von $\pm 1\%$ BIP, die in dieser Betrachtung durchaus möglich ist - **faktisch gleich geblieben**. Derweilen hat sich die Zahl der Rentner und Entlassenen verdoppelt, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf das 28-fache!, und viel mehr Menschen bekommen Wohngeld und Sozialhilfe, demnächst Arbeitslosengeld II. Alle diese Summen werden abgezogen vom Gesamtertrag der Arbeit, so dass - wie Abbildung 4 zeigt - nach Bezahlen von Zinsen, Steuern und

100% BIP 2002 = 2.100 Mia. €uro



Brutto - Kaufkraft/€uro-2002 - Netto

<u>100% BIP Arbeit</u>		2.100 Mia.	
2% BIP	2% Steuern	45 Mia.	
19% BIP	19% Soziales	400 Mia.	
28% BIP	28% Kapitalertrag	590 Mia.	
51% BIP	51% Kaufkraft	1.065 Mia.	<u>51% BIP</u>

<u>22% BIP Steuern</u>		465 Mia.	
5% BIP	23% Kapitalertrag	105 Mia.	
15% BIP	67% Soziales	315 Mia.	
	10% Kaufkraft	55 Mia.	<u>2% BIP</u>

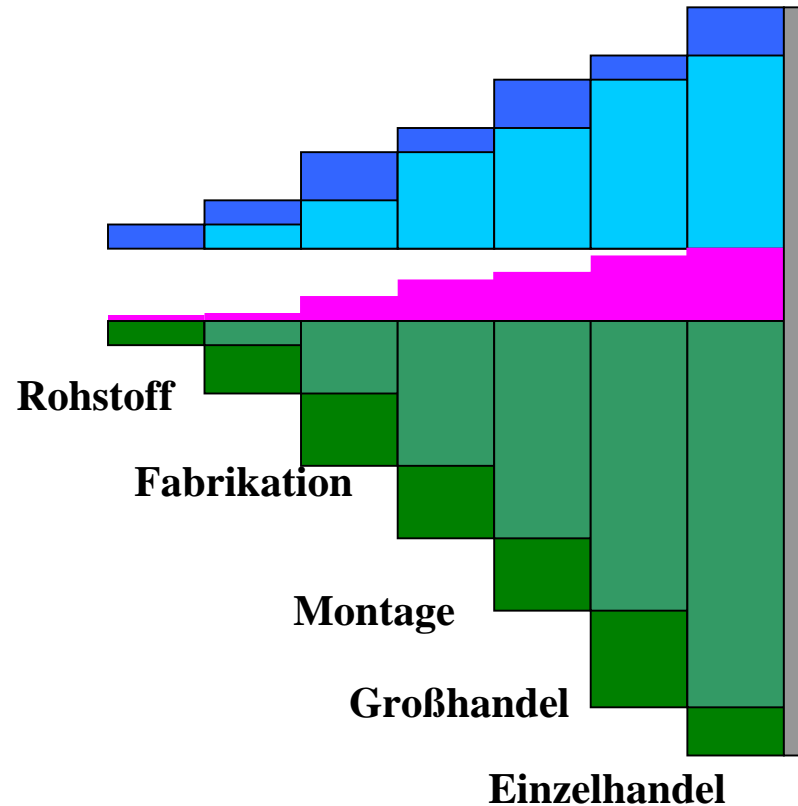
<u>36% BIP Sozialabgaben</u>		755 Mia	
13% BIP	35% Kapitalertrag	265 Mia.	
4% BIP	12% Steuern	90 Mia.	
	53% Kaufkraft	400 Mia.	<u>19% BIP</u>

<u>35% BIP Kapitalertrag</u>		735 Mia.	
7% BIP	20% Steuern	145 Mia.	
	<u>0% Soziales</u>	<u>0,00</u>	
	80 % Kaufkraft	590 Mia.	<u>28% BIP</u>

Arbeit schafft alle Kaufkraft = 100% BIP

Dr. Dieter Petschow, 30855 Langenhagen E-mail: dr.pet.prax@t-online.de

Der Kunde ist König, aber auch Schuldner, Steuerzahler und Arbeitgeber.



35% Kapitalertrag (Zinsen/Mieten/Pacht)

12% Steuern (indirekt)

53% Arbeitsertrag (mit Unternehmerlohn)

Akkumulation der Kapital- und Arbeitskosten zuzüglich Steuern im

2002

Endverbraucherpreis

Nettoverteilung des BIP 2002 = 2.100 Mia. € = 100%

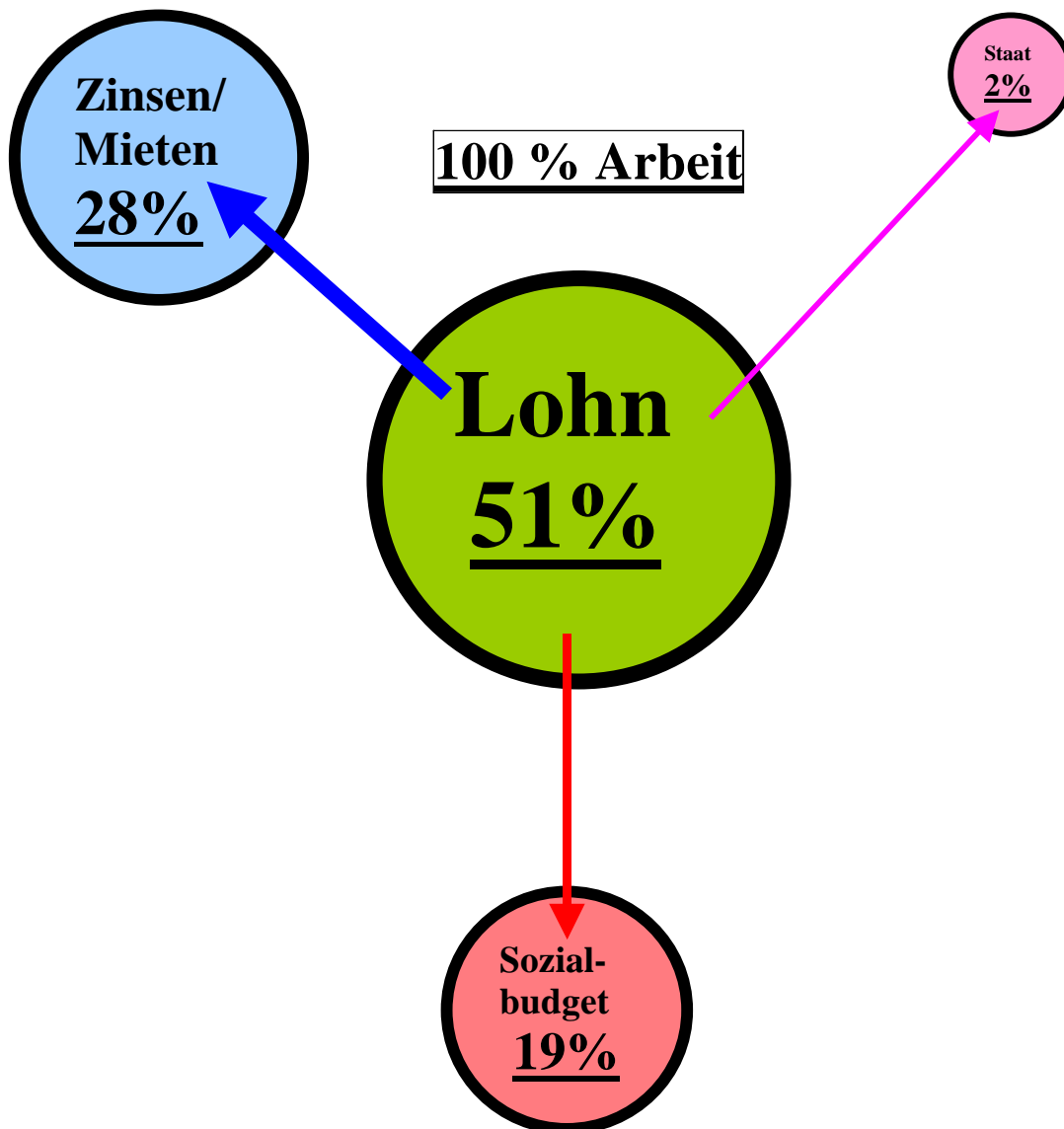


Abb. 5

Sozialabgaben der Arbeitswelt noch **51% BIP effektiver Lohn** netto per saldo verbleibt. Nur dieser Anteil steht den Arbeitenden in Deutschland zum Einkaufen zur Verfügung. In dieser **kalkulierten Größe** sind die Millionengehälter der Manager auch enthalten, der „effektive Lohn“ sagt nichts über die interne Kaufkraft-Verteilung unter den Arbeitenden. **Mehr Arbeit**, mehr Produktivität – **weniger Marktmacht** für die Arbeitswelt, so ist die Logik unseres Geldsystems als Ausdruck eines „sozialen Rechtsstaates“.

Sorgen bereitet mir als **Staatsbürger** aber auch noch die Betrachtung der **Steuerquote**. Zwar nimmt der Staat im Jahre 2002 22% BIP an Steuern ein. Aber was nützen ihm diese Einnahmen, wenn er 5% BIP Zinsen und Mieten sowie 15% BIP Sozialabgaben hat? **Per Saldo** bleiben ihm ja nur **2% BIP Netto-Steuer-Quote!** Jeder Besitzer eines Taschenrechners kann verstehen, dass die so verbliebenen **ca. 42 Milliarden Euro als tatsächliche Kaufkraft des Staates** ständig Gegenstand von Streit in der Politik sind, denn staatliche Gestaltung verliert ihre Marktmacht. **Neukredite werden erforderlich**, deren Bewilligung sicher nicht an fehlenden liquiden Mitteln scheitert.

Aus der Rechnung der Abbildung 4 ergibt sich für **Abbildung 5** die **Nettoverteilung des BIP**, also des gesamten Arbeitsertrages der Menschen in unserem Land.

Diese Nettoverteilung spricht eigentlich für sich!

28 % BIP, also das 14-fache der Kaufkraft, die dem Staat noch zur Verfügung steht, oder mehr als die Hälfte des Betrages, der als Marktmacht für geleistete Arbeit ausgezahlt wird, steht als sogenanntes leistungsloses Einkommen Vermietern und Verleihern **netto (!)** zur Verfügung – zum Einkaufen. **Auch Investieren ist Einkaufen, nur vor Steuerabzug**. Die Marktmacht der Eigentümer stieg immens, während die des Staates faktisch verdämmert. Z. Zt. wird Staat und Sozialsystem systematisch geplündert, schließlich aufgekauft, steuermindernd selbstverständlich, denn diese „**Investitionen**“ sind Brutto-Ausgaben!

Bei der Ermittlung des Gesamtbetrages, der dem Staat noch zur Verfügung steht, bekam ich Zweifel, hier vielleicht einen Rechenfehler gemacht zu haben. Dieser Betrag mag sich auch um einen Prozentpunkt Fehlermarge verändern, aber mein Taschenrechner sagt mir nichts besseres: Politik hat hierzulande keine „Manövriermasse“ mehr, die Marktmacht des Staates ist dahingeschwunden, sie tendiert in naher Zukunft gegen Null. Staat ohne Marktmacht in einer sog. Marktwirtschaft? Damit werden alle **Grundrechte der Bürger** zunichte.

Das **Netto-Sozialbudget ist praktisch gleich geblieben**, obwohl die Zahl der arbeitenden Menschen, die alle Alten, Kranken, Bedürftigen und sozial Ausgegrenzten betreuen, sich als Arbeitnehmer mehr als verdoppelt hat. Was die Bezieher aus dem Sozialbudget an Kaufkraft zur Verfügung haben, ist die Bezahlung derjenigen, die Arbeit für das Sozialsystem tun, z.B. über den Krankenkassenbeitrag auch für mich und in meiner Praxis. Dieser Aspekt hat mich an die Ursachen des Übels herangeführt, wie es in der Einleitung beschrieben steht. **Das Sozialbudget alimentiert in Deutschland zunehmend Investoren.**

Jetzt verstehe ich die Kernaussage eines bekannten Bankers auf der Investoren-Tagung **Health 2002** in Berlin, dass soziale Bedürftigkeit ein nicht vom Markt zu nehmender Nachfrage-Gigant sei, was jeden Investor hellhörig machen sollte. Zu deutsch: Leute kauft Krankenhäuser, baut Altenheime, privatisiert die öffentliche Daseinsfürsorge, denn die Rendite wird euch im Zweifelsfall von der Sozialkasse überwiesen, und sei es auch in Form eines Zuschusses aus Steuermitteln.

Das Geld, die Arbeit und die Zeit.

Abb. 6 zeigt in einer anderen graphischen Darstellung die Nettoverteilung des Arbeitsertrages 1970 im Vergleich zu 2002.

Gab es im Jahre 1970 an Zinsen und Mieten noch ca. 65 Milliarden DM, so waren es im Jahre 2002 ca. 580 Milliarden Euro. Nehme ich den Euro für etwa zwei DM, so ist dies eine Steigerungsrate um den Faktor 18 in einer Volkswirtschaft, die insgesamt (nominal) um den Faktor 6,2 gewachsen ist.

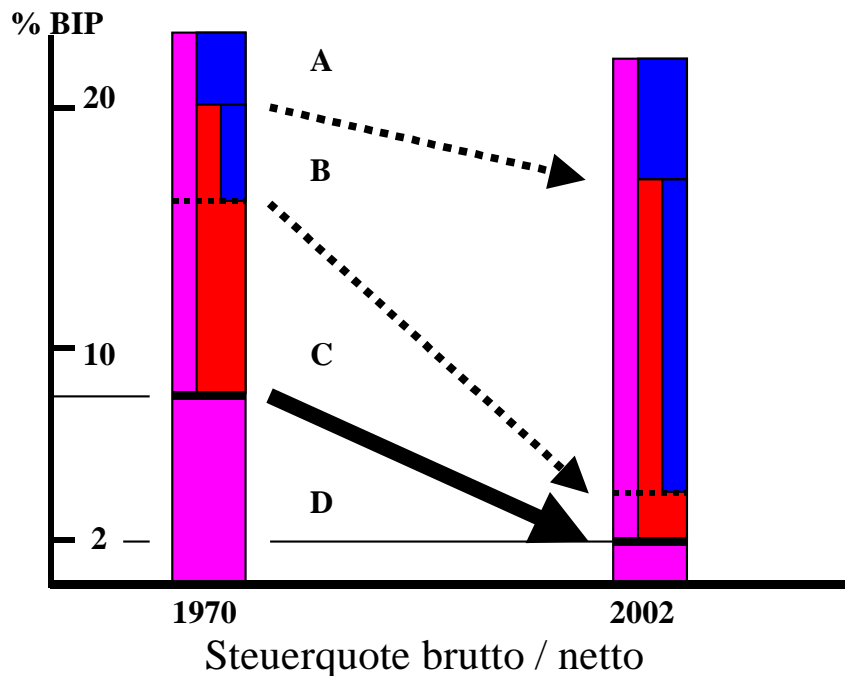
Dem Staat bleibt im Jahr 2002 weniger an Netto-Einnahme in Euro als im Jahr 1970 in DM. Denn fast alle eingenommenen Beträge sind für staatliche Organe „**Durchlaufposten**“. Der Kollisionskurs des blauen und des roten Pfeils kündigt nichts Gutes! In den nächsten Jahren wird der Staat kein Netto-Einkommen mehr haben, es sei denn, er erhöht Steuern, verringert Sozialabgaben oder beteiligt Zins- wie Mieteinnahmen an den Sozialsystemen, aus denen gerade Investoren so gut abschöpfen. An diesen Alternativen entscheidet sich die politische und soziale Ordnung unseres Gemeinwesens. Wer bitte regelt sonst unsere verfasste Demokratie? Z. Zt. verringert der Staat als einzige Alternative per Gesetz seine Sozialausgaben mangels Macht gegenüber den Kapitaleignern und deren Anspruch auf steigendes leistungsloses Einkommen. Der Staat als Garant einer gerechten Allokation existiert nicht (mehr), oder war er so gar nicht gedacht?

Der Anteil des verbleibenden effektiven Arbeitslohns ist geschrumpft. Das Sozialbudget ist zwar anteilig fast gleich geblieben, aber die Vermehrung sowohl der Bezugsberechtigten als auch der aus deren Geldausgabe lebenden Arbeitnehmer zeigt an, dass hier keineswegs dem sogenannten demographischen Faktor Rechnung getragen wird. Sozial Bedürftige werden in einen fast **gleich großen Netto-Anteil des BIP „gepfercht“**, gewinnen können vor allem mit steigendem Brutto-Anteil die Eigentümer – **ohne eigene Leistung!** Der anteilige Anstieg des Brutto-Sozialbudget in 30 Jahren BRD landet fast komplett auf den Konten der Vermieter und Verleiher, er kalkuliert sich **für das Jahr 2002 auf ca. 150 Mia. Euro mehr** als 1970, insgesamt auf **ca. 270 Mia. Euro**. Soziale Bedürftigkeit und die Notwendigkeit, arbeiten zu müssen, um das Leben in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft zu regeln, inklusive der Notwendigkeit, sich einen Staat leisten zu müssen, sind eben in unserem Geldsystem ein nicht vom Markt zu nehmender Nachfragegigant, dessen Finanzierung jeder Investor gerne übernimmt, zumal ihm die Milliarden von der arbeitenden Bevölkerung entsprechend der **Rendite auf Weltmarkt-Niveau** auch noch zur Verfügung gestellt werden. Leben eines Volkes nur gegen ansteigende Abgabenlast – was bitte ist das?

Abb. 6 zeigt, dass die Marktmacht des Staates verschwindet. Dieser Sachverhalt ist in **Abb. 7** in geändertem Maßstab dargestellt. **100 % aller Steuern** sind aufgetragen. Im Jahre 1970 waren dies 23% BIP, in 2002 22% BIP (Brutto-Steuerquote). Addiere ich jetzt **direkte** Zins/Miet-Zahlungen des Staates sowie **indirekte** Zins/Miet-Zahlungen via Sozialbudget auf, so zeigt sich, dass im Jahr 1970 30% aller eingenommenen Steuererträge **per Saldo** am Jahresende auf den Konten der Eigentümer gutgeschrieben waren, im Jahr 2002 waren es 80% aller Steuereinnahmen des Staates. Dem Staat blieben nur noch 10% aller Steuern für Politik im Lande, dies sind 2% des BIP als Kaufkraft oder die oben schon genannten **ca. 42 Milliarden Euro** netto, Tendenz fallend. Fast alle **anderen** Beträge der Steuereinnahmen sind entweder direkt auf Zins/Miet-Konten angekommen oder aber indirekt über den Geldbezug der Menschen, die in diesem Staat nicht mehr arbeiten müssen, keine Arbeit finden, krank, alleinerziehend oder sonstig sozial bedürftig sind. Mit dieser Erkenntnis habe ich mich gefragt, warum ich eigentlich noch aus dem Ertrag meiner Arbeit Steuern zahlte. Diese **Umverteilungsmaschinerie von unten nach oben** hat in mir schieres Entsetzen ausgelöst. In welchem Staat lebe ich eigentlich? Ca. **80% aller Steuern**, das sind z.Zt. **370 Mia. Euro**, nur für Kapitalertrag! – wenn das keine Staats- und Sozialkrise ist. Das Gemeinwesen als Instrument zur Sicherung des Kapitalertrags-Anspruches, so habe ich bislang den Staat nicht gesehen. Unter diesen Bedingungen kann jeder Bürger die Verfassung getrost beiseite legen. Verweigerung von Steuerzahlung hat aber ohne ein deutsches Gericht sofortige Kontopfändung zu Folge – das nenne ich Staatsgewalt, die sicher nicht vom Volke ausgeht und der jegliche Legitimation über das Grundgesetz fehlt.

Abb.6: Vergleich der Allokations-Quoten und ihr Wachstum. Die Entwicklung des Kapitalertrages zu Lasten vor allem der Netto-Steuerquote und der Arbeit wird deutlich. Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Bezugsberechtigten aus dem Sozialbudget verdoppelt. Die Brutto-Zunahme des Sozialbudgetanteils kam über 3 Jahrzehnte fast nur den Kapitalgebern zugute ohne Effekt für das bezugsberechtigte Kollektiv. (siehe auch Abb. 8) Da das leistungslose Einkommen miterarbeitet werden muss, bedeutete diese Entwicklung für einen Arbeitnehmer 1970 einen Aufwand von 1,5 h im Tausch gegen 1h eines lohngleichen Mitmenschen, im Jahre 2002 2,0 h. Soziales Miteinander im Austausch von Arbeit verteuerte sich so um Sozialabgaben und Kapitalertrag zulasten des Staates.

Steuern für Kapitalertrag, der Staat kompensiert den Zinsanspruch



- A: Zins/Steuer-Quote des Staates zuzüglich Zinsanteil der vom Staat ausgegebenen Endverbraucher-Preise.
 B: staatliche Übernahme des Zinsanteils im Sozialbudget
 C: Netto-Zuschuss des Staates zum Sozialbudget
 D: Netto-Steuer-Quote nach Zinsen und Sozialabgaben.

Abb. 7: Von einer Brutto-Quote von 23% BIP musste aus Steuern 1970 7% BIP = 30% aller Steuern (A + B) an Kapitaleigner gezahlt werden, 2002 sind es von 22% BIP Steuerquote 18% BIP oder 82% aller Steuern. Der Staat kompensierte bislang die steigende Zinsquote in den Endverbraucherpreisen des Sozialbudgets (B) und zahlte außerdem einen Netto-Anteil zum Sozialbudget (C), dieser ist in 2002 auf 2% BIP gesunken. Nach Zahlung von A und B sowie C bleibt als Netto-Steuerquote (D) 1970 noch 8% BIP, in 2002 2% BIP = 10% aller Steuereinnahmen. Per Saldo bekamen 2002 Kapitaleigner 80% aller Steuern am Jahresende auf ihr Konto. Steuern als Zinsen – Ende des Sozialstaates.

Unser Sozialstaat

Zur verfeinerten Darstellung des Netto-Sozialbudgets dient **Abb. 8**.

Die Anteile des BIP (in %) für Altersversorgung, Familienunterstützung, Arbeitslosengeld und übriger Sozialhilfe sind aufsummiert als graphische Säulen, daneben - grün - der Anteil von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie - rosa - aus Steuerzuschüssen. Die beim Sozialbudget in der Mitte dunkelblau gezeichnete Säule ist der kalkulierte Kapitalertragsanteil in allen Endverbraucherpreisen 1970 bzw. 2002. Auch hier wird ersichtlich, dass 1970 nur ein Bruchteil der dazugegebenen Steuermittel auf den Konten von Kapitaleignern landete, während sich im Jahre 2002 fast der gesamte Steuerzuschuss zum Sozialbudget per Saldo als „Durchlaufposten“ (13% BIP) auf den Konten der Eigentümer wiederfand, das sind **ca. 270 Milliarden Euro Gutschrift ohne Arbeit!** Das verbleibende **Netto-Sozial-Budget wird über 32 Jahre der sozialen Entwicklung keineswegs gerecht**, der Staat bekommt 3-4% BIP Verbrauchssteuern.

In derselben Abbildung zum Vergleich die Brutto-Zinsquote 1970 mit ca. 16% BIP, abzüglich 6% BIP Steuern, die Brutto-Zinsquote 2002 mit ca. 35% abzüglich 7% BIP Steuern. Die Netto-Zinseinnahmen sind von 1970 bis 2002 um den Faktor 18 (!) gestiegen. Hierbei handelt es sich um Geld aus dem Arbeitsprozess derjenigen Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um ihrem Beruf nachzugehen und ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ferner ist ersichtlich, dass Staatsverschuldung hierbei nicht die Hauptrolle spielt, sie bringt einen Brutto-Zinsertrag von „nur“ 5% BIP. Privathaushalte und auch die Wirtschaft sind so verschuldet bzw. gehören anderen Mitmenschen (Mieten/Pacht!), so dass sich aus der Summierung dieser 3 Posten ein **Netto-Zinsertrag von ca. 580 Milliarden Euro entspr. 28% BIP** ergibt.

Der niedrige Steuerrückfluss aus dem Kapitalertrag ergibt sich möglicherweise daraus, dass heute 80% aller Investitionen aus diesen Einnahmen erfolgen (in der frühen Geschichte der BRD aus gespartem Arbeitsertrag). Leistungsloser Kapitalertrag im Überfluss braucht nicht versteuert zu werden, wenn daraus öffentliche Einrichtungen und insolvente Betriebe aufgekauft werden. Privatisierung und Monopolisierung gibt es demnach ohne eigene Leistung und außerdem steuerfrei. Das System wird erhalten von absinkenden Lohnsummen und fallenden Sozialstandards – **bis hin zum Kollaps**.

Und damit war ich mit meinem Internetanschluss und meinem Taschenrechner auf der heißen Spur der **Misere dieses Sozialstaates**. Gescholten von ahnungslosen Politikern wegen der sogenannten Kostenexplosion im Gesundheitswesen, habe ich mich gefragt, was ich denn falsch machte. Wenn einem Kundenkollektiv die Kosten explodieren, dann muss es auf der Verkäuferseite eine Einnahmeschwemme geben, denn Geld fällt nicht in „schwarze Löcher“. Das Betriebsbuchführungssystem **Konto und Gegenkonto** ist auch hier erhalten. Die Einnahmen sprudelten zwar, aber nicht bei denen, die notwendige Arbeiten machten, sondern bei denen, die als Investoren „Leistungsträger“ genannt werden, obwohl sie leistungsloses Einkommen erwirtschaften. Unter diesem Aspekt müssen alle Löhne auch im Gesundheitssektor sinken, um das System hochrentabel zu erhalten. Wegen dieser scheinbaren Widersprüche veranstaltete die **Barmer Ersatzkasse** im Jahre 1999 eine **Pressekonferenz in Berlin** und zeigte dort, dass es die Kostenexplosion im Gesundheitswesen überhaupt nie gegeben hat. Es handelt sich um ist reines Politikergeschwätz ohne Kenntnis von Geld- und Volkswirtschaft. Die gesetzliche Krankenversicherung (BEK) nannte Zahlen und Fakten, die ich mit meinem Taschenrechner nachvollziehen konnte. Dazu kam mein Gang ins Internet, und dann war **Abb. 9** fertig.

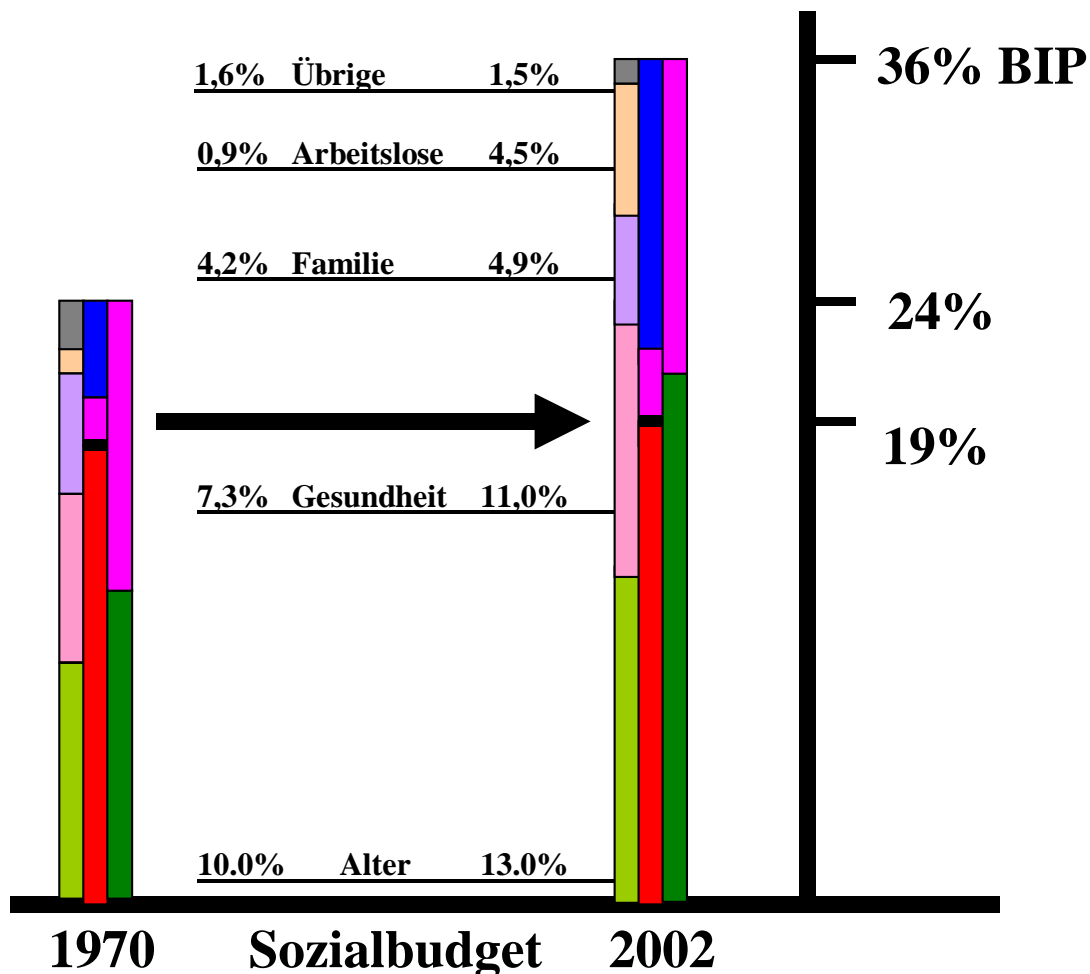
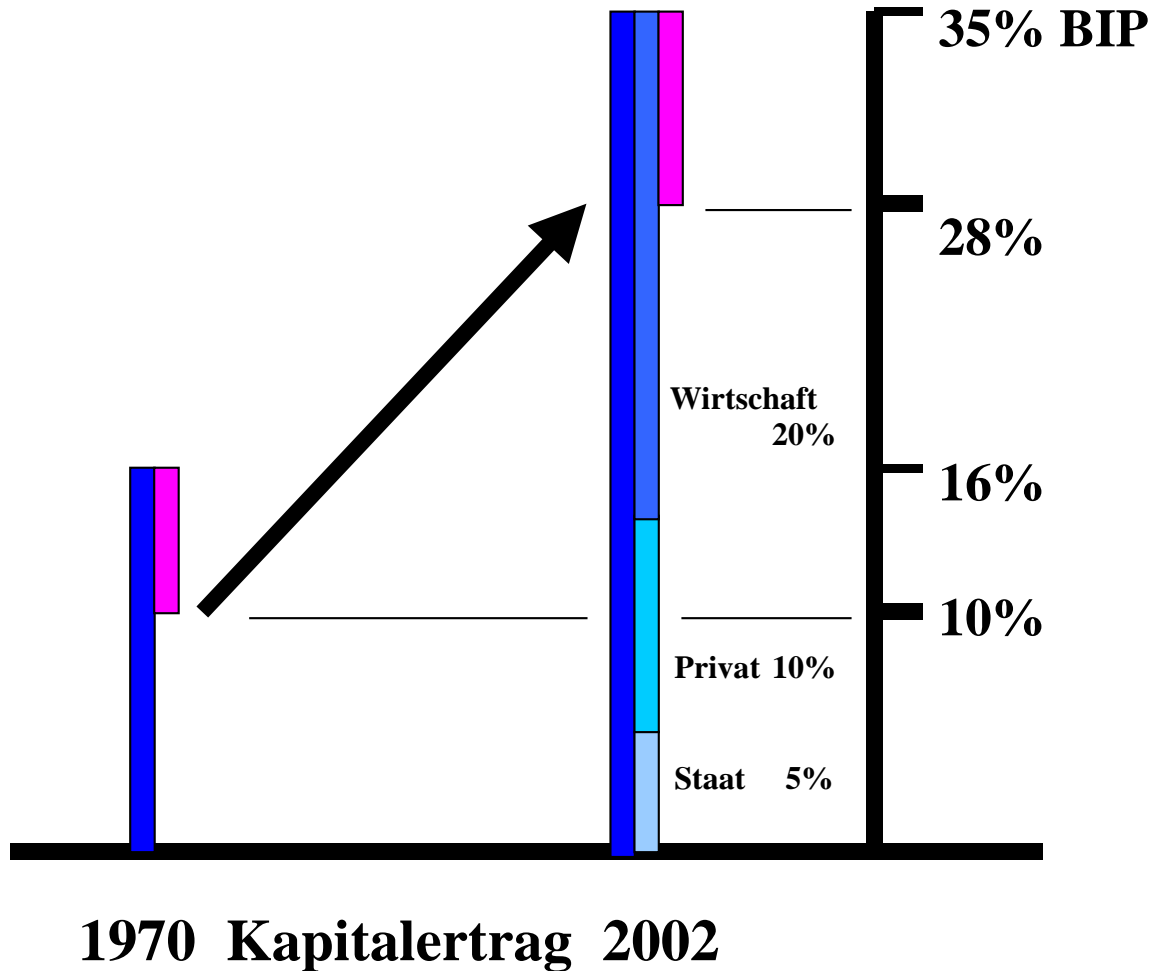
Abb. 8a (Erläuterungen siehe Text)

Abb. 8 a und b :

Das BmfA verschickt kostenlos als CD sein Statistisches Taschenbuch. Dort ist das Sozialbudget der BRD ausgewiesen. Die Jahrgänge 1970 und 2002 wurden verglichen und in %BIP als Graphiksäulen aufgezeichnet. Der Anteil des Sozialbudgets stieg überproportional um den Faktor 8,7 im Vergleich zum BIP 6,2. Unter www.bundesbank.de kann jeder Bürger unter „Zeitreihen“ die Zinsentwicklung verfolgen und Jahrgangweise vergleichen. Zinsen werden nicht nur gezahlt, sondern auch eingenommen, gleiches gilt für Pacht und Miete (Prinzip Konto/Gegenkonto)- Der Kapitalertrag stieg weit überproportional um den Faktor 18. Im Sozialbudget 1970 sind ca. 16% Zinsanteil, 2002 ca. 35% Zinsanteil der Endverbraucherpreise abzuziehen, da dieses als arbeitsloses Einkommen für das Kapital per Saldo den Empfängern der Sozialbudget-Zahlungen nicht zugute kommen. Das Netto-Sozialbudget blieb anteilig über drei Jahrzehnte fast gleich, sein überproportionaler Brutto-Anstieg kam nur den „Investoren“ zugute.

Abb. 8 b (Erläuterungen siehe Text)

**Abb. 8a und b:**

Beide Größen, Sozialbudget und Kapitalertrag werden von der Arbeitswelt erwirtschaftet. Für beide gilt das „archimedische Prinzip des Geldes“: hat jemand (viel) Geld bekommen ohne Arbeit, dann hatten (viele) andere Arbeit ohne Bezahlung.

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV)

80% seiner Einnahmen bekommt das Gesundheitswesen von den gesetzlichen Krankenversicherungen unseres Landes. „Ach, wie alles so teuer geworden ist im Gesundheitswesen!“ lasse ich mir erzählen. Aber glücklicherweise kann ich rechnen.

In **Abb. 9** werden wieder verglichen die Jahre 1970 und 2002 mit ihren BIP gleich 100 %. In diesem Zeitraum bekommen alle gesetzlichen Krankenversicherungen als **Einnahme ca. 6 % BIP**, das heißt 1970 ca. 42 Milliarden DM, in 2002 ca. 130 Milliarden Euro. Damit ist die Brutto-Einnahme der Krankenkassen proportional mit der Steigerung unserer Wirtschaftsleistung mitgegangen. Wer diese Entwicklung als Kostenexplosion bezeichnet, ist schlicht unredlich oder weiß nicht Bescheid, denn kein Arzt und keine Krankenschwester, niemand möchte sich seine Arbeit nominal heute nach den Löhnen des Jahres 1970 in DM vergüten lassen, **was aber de facto geschieht**. Schauen wir weiter.

Was war aber außerdem passiert ?

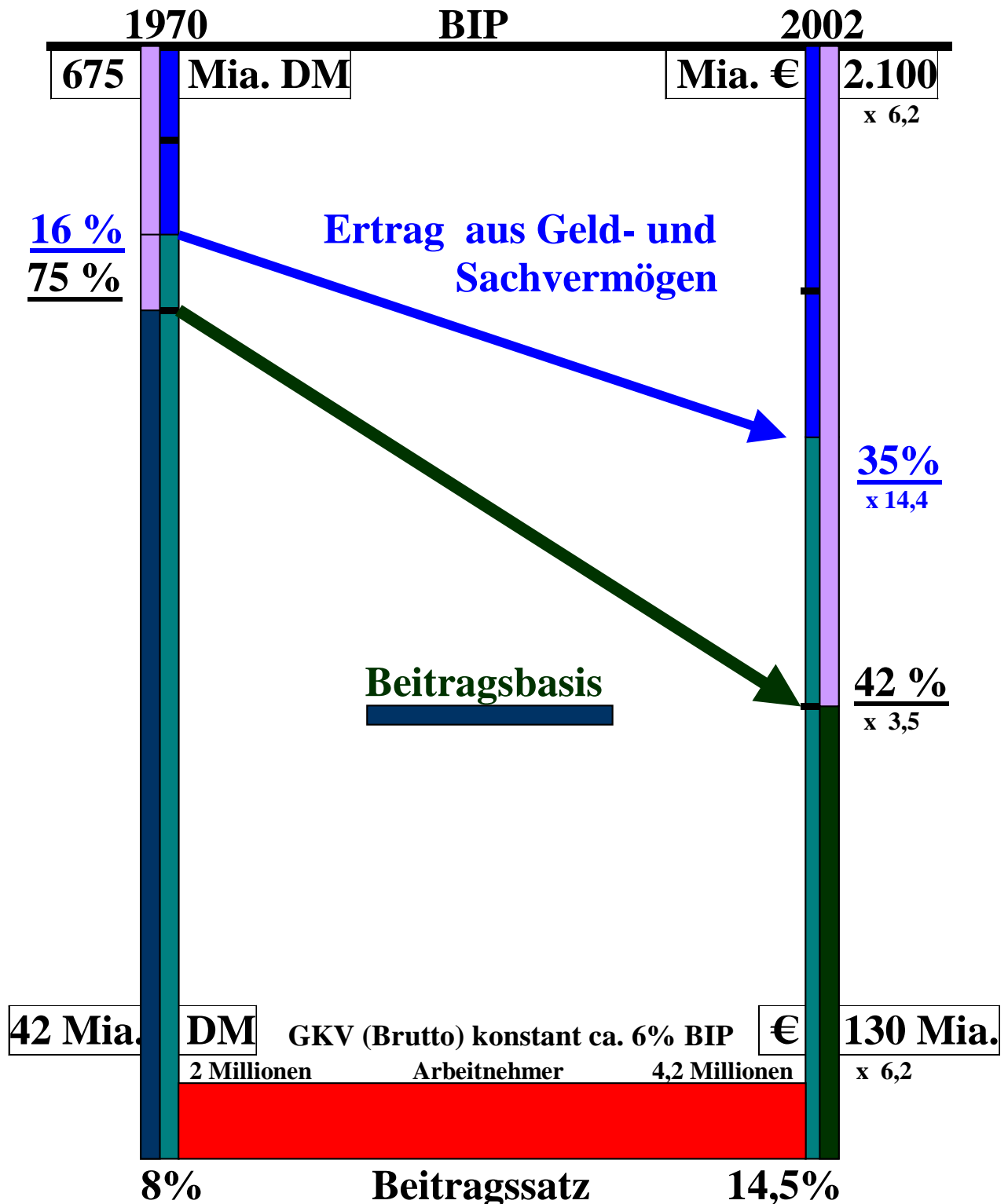
Im Jahre 1970 arbeiteten 2 Millionen Menschen im Gesundheitswesen, im Jahre 2002 sind es 4,2 Millionen. Das heißt, der „Kuchen“ hat sich zwar real verdoppelt, aber der genannte Anteil von 6 % BIP muss auf mehr als die doppelte Anzahl arbeitender Menschen verteilt werden! Und dies hat selbstverständlich **Folgen bei Bruttogehältern** der im Gesundheitswesen arbeitenden Menschen. Wir – das Gesundheitswesen – haben den Kanzlern 2,2 Millionen Arbeitslose (oder deren Ehefrauen) von der Strasse geholt, ohne einen Prozentpunkt vom BIP mehr Einnahme! Das ist **Solidarität und Dienst an Mensch und Sozialordnung** zugleich. Wer redet da schon von anteiligem Einkommen derjenigen, die ein solches Gesundheitssystem unterhalten, **ihr Realeinkommen blieb auf dem Niveau von 1970 stehen**.

Doch mein Erkenntnisstand wurde noch mehr erhellt.

Als Anwender der Dreisatzrechnung - eine Grundrechenart ! - ergab sich für mich folgende Darstellung: Wenn 6% BIP von 8% Beitragssatz bezahlt werden, dann ist die Beitragsbasis der gesetzlichen Krankenversicherung ca. 75% BIP (1970). Wenn 6% BIP mit 14,5% Beitragssatz eingenommen werden, dann ist die Beitragsbasis bei 42% BIP angekommen (2002).

Abb. 9

Gesetzl. Krankenversicherung (GKV)



Nicht die „Kostenexplosion“ hat die Beitragssätze erhöht, sondern der stetig wachsende Zinsanteil der Volkswirtschaft hat das Absinken der Beitragsbasis erzwungen.
 Quelle: Bundesbank, BEK, BMfA Statistisches Jahrbuch

Kapitalertrag ist frei von sozialen Verpflichtungen

Dr. Dieter Petschow, 30855 Langenhagen, www.cgw.de, Christen für gerechte Wirtschaftsordnung

Und jetzt wurde mir klar, was geschehen ist. Die **Beitragsbasis** der gesetzlichen Krankenversicherung ist in diesen ca. 3 Jahrzehnten **auf 42% BIP** zusammengebrochen. Dieser Zusammenbruch wurde verursacht einerseits durch Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze aus abhängiger Tätigkeit, aber weit mehr durch den überproportionalen Anstieg des Kapitalertragsanteils (Zinsquote) des BIP. Z. Zt. gibt es in Deutschland fast 60% aller Erträge aus Arbeit krankenversicherungsfrei. **1.200 Milliarden Euro** werden brutto eingenommen ohne einen Cent Sozialpflicht für die GKV. So geht jedes Solidarsystem pleite. Diese Entwicklung führte die Krankenkassen in eine aussichtslose Position. Sie nahmen zwar im Jahre 2002 ca. 130 Milliarden Euro entsprechend 6% BIP brutto ein, ersetzten aber ihren Versicherten die Kosten entsprechend den üblichen **Endverbraucherpreisen**, das sind Krankengeld, Krankenhausrechnungen, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, Arzthonorare, Sachmittel aller Art. In diesen Endverbraucherpreisen befindet sich im Jahre 2002 der Kapitalertragsanteil von ca. 35 % (Brutto-Zins-Quote). Also: Von der Ausgabe aller Beträge der gesetzlichen Krankenversicherung werden in der Größenordnung von ca. **45 Milliarden Euro Rendite** auf der Seite der Eigentümer brutto eingenommen, nicht etwa von denen, die für das Sozialsystem arbeiten. **Soziale Arbeit ohne Bezahlung mit hohen Abzügen, Kapitalertrag aus sozialer Bedürftigkeit ohne einen Cent Sozialabzug – welch ein Zynismus!**

Im Kleinen merke ich diese Situation in meinem Betrieb. Die gesetzlichen und privaten Krankenkassen bezahlen mir mein Honorar. Selbstverständlich bezahle ich mein Personal sowie alle Rechnungen, die hereinkommen, auch Steuern und Versicherungen, aber mein stiller Teilhaber, der Geldeinleger bei der Bank, bekommt auch regelmäßig seinen Anteil, mitbezahlt von den Krankenkassen. Hoch investive **Diagnostik und Therapie** in Deutschland fordert **Rendite**, aufzubringen von den **Sozialkassen**, eingenommen von den **Investoren**.

Also: Alle ärztliche Arbeit und alles Tun der Menschen für das Gesundheitswesen ist belastet durch einen Kapitalertragsanteil von ca. 45 Milliarden Euro im Jahre 2002. Die „**Netto-GKV-Quote**“ als **Marktmacht der Kassen** ist kalkulatorisch auf ca. 4% BIP gesunken.

Abb. 9: Gesetzliche Krankenversicherung (GKV):

Seit 30 Jahren verlangt die GKV nicht mehr als 6% BIP, obwohl sich die Zahl der im Gesundheitswesen Arbeitenden von 2 auf 4,2 Millionen verdoppelt hat. Demnach hat sich der Anteil am BIP pro „Gesundheitsarbeiter“ halbiert, das Wirtschaftswachstum ist am Ertrag im Gesundheitswesen vorbeigegangen. Die beitragspflichtige Lohnsumme ist auf 42% BIP weggebrochen, weil Zins- und Mieterträge keine Sozialabgaben kennen. Der Netto-Ertrag der Kranken aus dem Geld der GKV ist bei einem wirtschaftlichen Gesamtanteil von 6% BIP auf 4% BIP abgesunken – die Differenz geht an die Kapitaleigner.

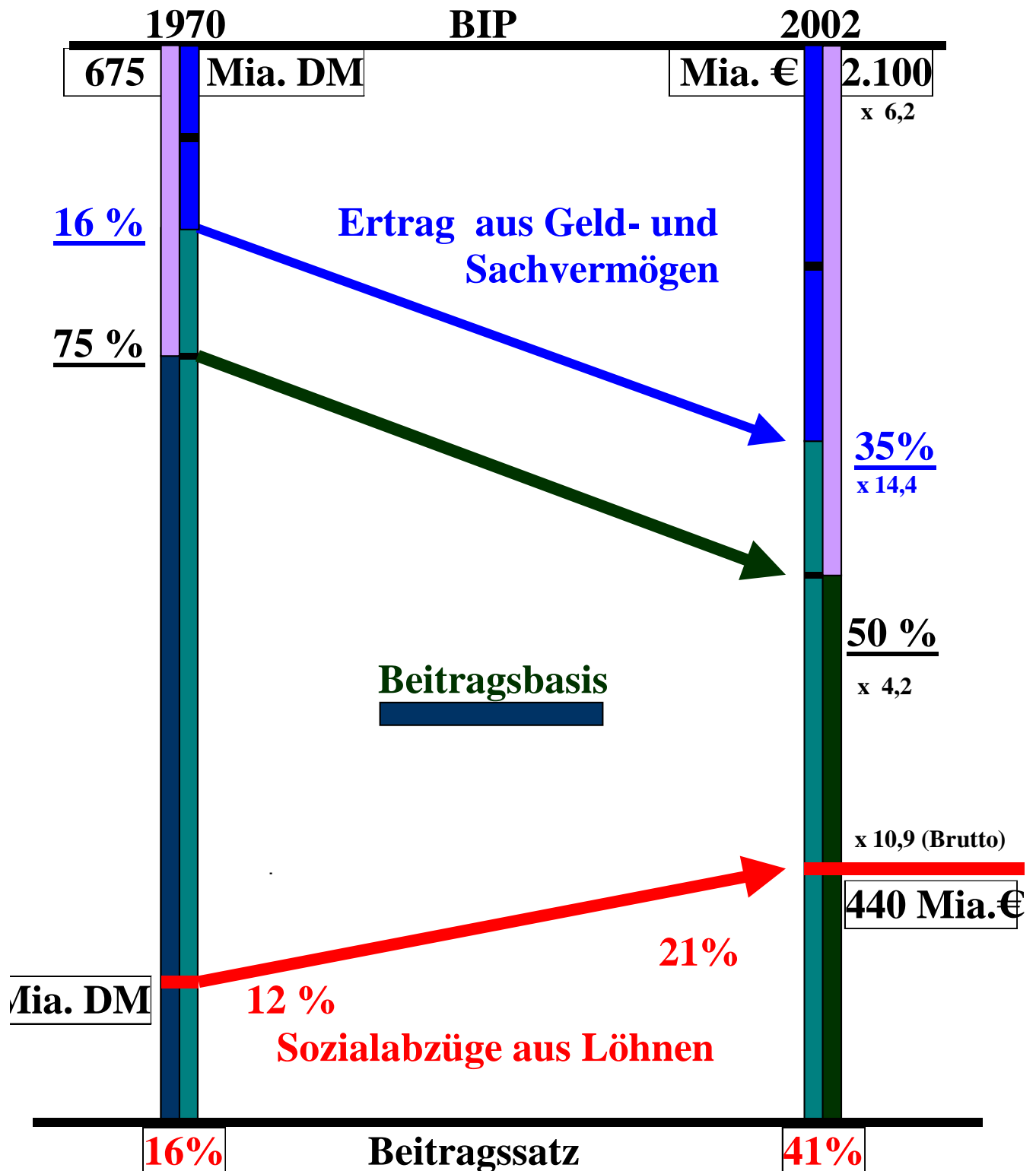
Gesetzliche Sozialversicherung im Ganzen:

In **Abb. 10** ist das gleiche Schema wiederzufinden wie in Abb. 9, nur sind hier alle Sozialabzüge aus Brutto-Löhnen dargestellt. In den rund drei Jahrzehnten stiegen diese Anteile der Brutto-Löhne von 12% BIP auf 21% BIP an. Sie liegen heute bei 440 Milliarden Euro. Diese Summe wird nicht nur eingenommen, sondern sofort ausgegeben. Hiervon müssen die Einzahler alle jene unterhalten, die gegenwärtig Sozialleistungen bekommen, da es sich ja um eine Umlagekasse handelt. Was den einzelnen Einzählern hierzulande nicht bewusst wird, ist der Umstand, dass staatlichen Zuschüsse den Anspruch auf Kapitalertrag aus dem Sozialbudget subventionieren (85% der 15% BIP Staatszuschuss, siehe Abb. 7) und dass damit alle Netto-Sozialleistungen von der Arbeitswelt allein aufgebracht werden. Staatliche Zuschüsse gibt es per saldo zunehmend nur noch für Kapitaleigner. So kam es hier im Jahre 2002 zu einer Gutschrift ohne eigene persönliche Leistung von ca. 270 Milliarden Euro aus den gesetzlichen Sozialkassen über Steuern ohne einen Handschlag! **Dies ist eine staatliche Sozialversicherung der besonderen Art. Wer bitte ist hier versichert?** Gleichzeitig brach die Einnahmehasis der Sozialbeiträge aus Löhnen von 75% BIP auf 50% BIP ein, was dazu führte, dass die 21% BIP Sozialversicherungsbeiträge mit einem Abzug von 41% aus dem Sozial-Brutto-Löhnen der Arbeitnehmer abkassiert wurden. **Die Hälfte aller Arbeitserträge finanziert die gesamte gesetzliche Sozialleistung, Steuermittel ersetzen lediglich den Kapitalertragsanspruch der Eigentümer.**

Dem aufmerksamen Leser, der aufmerksamen Leserin wird bei letzterem Absatz nicht entgangen sein, dass es sich hier um einen anonymen, sich selbst spiralig aufbauenden Prozess handelt: Die Arbeitswelt produziert jenen „Erreger“, der den Organismus umbringt. Die Regierung kann sich nicht dagegen wehren, sie hat eine „Immunschwäche“. Wir haben **Wirtschafts-AIDS** – über unser **Geld- und Rechtssystem**.

Bislang hat der Staat über Steuermittel den steigenden Kapitalertrags-Anspruch an die Rentner und Pensionäre sowie übrigen Bezieher von Geld aus dem Sozialbudget kompensiert. Z. Zt. verabschiedet sich diese Instanz aus unserer Marktwirtschaft, mehr als alle Steuereinnahmen kann kein Staat für Kapitalertrag ausgeben. (Siehe auch Abb.7). Im Nichtstun gegenüber steigenden Kapitalertrags-Ansprüchen wird jetzt der erarbeitete Rechts-Anspruch auf Sozial-Leistung von Bundestag und -regierung verneint. Tyrannischer kann kein Verfassungsorgan sein. Über den Anspruch des Kapitals an den Arbeitsertrag ist in Deutschland kaum etwas in den Medien zu vernehmen. Der Krankheitserreger wird eben totgeschwiegen. Man nennt diese Ignoranz „Reform zum Erhalt unseres Wohlstandes“ (G.Schröder).

Gesetzliche Sozialversicherung



Nicht der „demographische Faktor“ hat die Beitragssätze erhöht, sondern der stetig wachsende Kapitalertragsanteil der Volkswirtschaft hat das Absenken der Beitragsbasis erzwungen, weil Zinseinnahmen keine Sozialbindung haben. Sozialbeiträge ersetzen Endverbraucherpreise, deren Zinsanteil wuchs von 16% auf 35%. Als „Sozial-Leistung“ stehen den Solidarkassen nur der Netto-Anteil dieser Summen zur Verfügung, Kapitalertrag: $440 \times 0,35 = 154$ Mia. €, Steuern $440 \times 0,12 = 53$ Mia. €, Netto: 233 Mia. €

Quelle: Bundesbank, BEK, BMfA Statistisches Jahrbuch.

Zusammenfassung und finanzpolitische Schlussfolgerung:

In einer arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung muss sich jeder mit seinen Fähigkeiten einbringen. Er hat das Recht zu lernen, sowohl in der allgemein bildenden Schule als auch in weiterer Ausbildung und danach im Beruf. Später steht er mit seinen Fähigkeiten dem Gemeinwohl zur Verfügung. Für seine Arbeit wird er entlohnt und bestreitet mit seinem Arbeitsentgelt seinen Lebensunterhalt.

Für die Organisation seiner arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung hat der Mensch eine geniale Erfindung gemacht : **das Geld**.

Unser Geld aber gibt es nicht nur zum Tausch, es ist auch Wertaufbewahrungsmittel und kann deshalb von demjenigen, der mehr einnimmt als er ausgeben muss, zurückgehalten werden. Heutzutage kann es aber auch über internationale Finanzmärkte an jeden Ort der Erde transferiert werden, um dort aus der fremden Wirtschaft ein Maximum an Rendite herauszuholen. Dieser Vorgang entzieht zwar der heimischen Wirtschaft Geld, der Kapitaleigner braucht deshalb aber keinesfalls auf Maximalrendite zu verzichten. Gegen dieses (**die Wirtschaft strangulierende**) Herausnehmen aus dem regionalen Geldkreislauf gibt die Arbeitswelt hierzulande als Anreiz eine „Belohnung“, nämlich Geld, genannt Zinsertrag oder Rendite. Hierzulande muss die Arbeitswelt das **Renditegebot** ferner Länder **überbieten**, sonst gibt es eben kein Geld, obwohl dieses Medium eine **staatliche** Einrichtung ist! So bringt Verleihen von Guthaben und Sacheigentum Geld ein und aus vermehrtem Guthaben und Eigentum wird stetig **n o c h** mehr Guthaben und Eigentum. Allem Guthaben und Eigentum stehen spiegelbildlich genauso viel Schulden bzw. Fremdnutzungsverträge mit Schuldscheincharakter gegenüber! Da Sacheigentum real begrenzt ist, wird über diesen Prozess eine **Lawine von Enteignungen** ausgelöst. Diese Automatik beschleunigt sich unkontrolliert zunehmend. Je weiter sie fortschreitet, desto rascher wird sie. Jedem mathematisch geschulten Menschen wird in der Darstellung einer immer steiler werdenden Kurve klar, dass diese sogenannte **Exponentialfunktion** zum Zusammenbruch des Systems führen muss (siehe Anhang Wirtschaftsmathematik). Schlussendlich gehören der Staat, die Mittel zur Daseinsvorsorge und zur Produktion privat einigen wenigen Reichen – die Bevölkerung wohnt zur Miete mit Steigerungsklausel, zahlt Rendite zur Nutzung von Wasser, Energie, Nahrung – demnächst wohl auch auf Atemluft und Sonnenlicht-Verbrauch.

Vor diesem (internationalen) Zusammenbruch stehen wir heute!

Abb. 2 zeigt deutlich, dass 1970 noch 73% des Arbeitsertrages für die Arbeitswelt zur Verfügung standen, nimmt man 65% effektiven Lohn und 8% Netto-Steuern zusammen; 27% BIP waren leistungsloses Einkommen, aufgeteilt in zwei Drittel (17%) für das Sozialbudget und ein Drittel (10%) für Kapitaleigner.

Im Jahre 2002 teilen sich Staat und Arbeitswelt nur noch 53% der Erträge; **47% sind leistungsloses Einkommen**, wovon drei Fünftel an wenige Eigentümer, zwei Fünftel an alle sozial Berechtigte gehen. Die Anzahl der Eigentümer hat abgenommen, die der sozial Berechtigten hat massiv zugenommen. Nicht damals lebten wir über unsere Verhältnisse, sondern heute. Über diesen Allokationseffekt des Geldes vollzieht sich die **Enteignung von Staat und Arbeit**. Riesengewinne für die Eigentümer (ohne eigene Leistung), Zusammenbruch der Sozialsysteme, Arbeit mit stetig schlechterer Entlohnung. Die Tendenz ist eindeutig: Demnächst hat **die Arbeit eben Arbeit (ohne ausreichenden Lohn)** und alle Eigentümer können gut davon leben. Aber Achtung: **Alle Geld-Einkünfte gehen nur aus Arbeit hervor!**

Dem Staat fehlt jede politische Manövriermasse, und im gleichbleibenden Anteil des **Netto-Sozialbudgets** tummeln sich immer mehr Berechtigte. Diese Entwicklung wird uns als „Gang in die Dienstleistungsgesellschaft“ verkauft. Mir drängt sich eher der Eindruck auf, es handele sich um einen **Gang in die Versklavung. Grundrechte werden massiv verletzt.**

Mussten wir Arbeitenden „anno König“ **den Zehnten** abgeben, so sind es bald **drei Zehnte**. Das aber ist mehr als **Feudalismus**.

Daneben bekommt der Staat aus den Kapitalerträgen keine adäquate Steuer, um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht halten zu können, kompensiert aber bis heute den Zinsertragsanspruch an das Steuer- und Sozialbudget. Jetzt verabschiedet er sich wie ein kaum mehr vorhandenes Anhängsel der neoliberalen Geldwirtschaft. Kein Netto-Steuer-Budget, kein Staat - **kein Staat, keine Demokratie**. Wohin also?

Abb. 6 zeigt auch noch einen existentiellen Trend, dargestellt durch den schwarzen Pfeil: Musste ein Arbeitender gleich welcher Arbeitsqualität, also bis hinauf zum Manager - im Jahre 1970 noch 1,5 Stunden arbeiten, um die Arbeit eines lohngleichen Mitmenschen für 1 Stunde in Anspruch nehmen zu können, so waren dies im Jahre 2002 schon 2 Stunden. Hier wird die Beziehung zwischen aufzuwendender Arbeitszeit und zeitbezogenem Kapitalertrag deutlich sichtbar. Denn auf der einen Seite schafft der Kapitalertrag ein leistungsloses Einkommen ohne persönlichen Zeit-Aufwand, und dies stetig steigend, auf der anderen Seite müssen die Schuldner folglich immer mehr Arbeitszeit aufwenden

für die Ertrags-Ansprüche der Eigentümer. Arbeitszeitverlängerung für weniger Menschen fördert eben die Kapitalrendite. Wem gehört demnach die Lebenszeit der Menschen? So verwirklicht sich der alte Ausspruch: Zeit ist Geld, d. h. für mich persönlich und alle meine Mitbürger: **Je fleißiger wir alle arbeiten, desto weniger bekommen wir anteilig vom Ertrag ab.** Jetzt kenne ich die wirtschaftspolitische Ursache meiner in der Einleitung genannten betriebswirtschaftlichen Problematik. Ich bin es nicht Schuld, ich bin nur **Teil eines tyrannischen Systems**, dem ich nicht entinnen kann, weil Regierung versagt – oder aber dem Tyrannen etwa selbst dient?

Aber: Die Summe solcher betriebswirtschaftlicher Optimierungen nach diesem Geld-System ist der **Tod jeder Volkswirtschaft!**

In d i e s e r Rechtsproblematik liegt auch die U r s a c h e für die **Schwarzarbeit**. Denn bekommt ein arbeitsfähiger Mensch in Deutschland für **geleistete Arbeit** sein Geld, zahlt davon **keine Sozialbeiträge** und **keine Steuern**, so sei dies strafbar, sagt der Gesetzgeber. Soll ein Arbeitnehmer **mehr arbeiten ohne Lohnausgleich**, bekommt der Arbeiter keine Kaufkraft, der Staat **keine Steuern**, die Sozialkasse **keine Beiträge** – dies ist offizielle Wirtschaftspolitik in Deutschland. Bekommt ein Mitmensch hierzulande jedoch viel Geld aus Kapitalertrag, ohne selbst dafür gearbeitet zu haben, zahlt davon auch **keine Sozialbeiträge** und nur **inadäquat Steuern**, so handelt es sich um einen durch Gesetz abgesicherten **Rechtsanspruch**. Faktisch führt diese Vorgehensweise zum Verlust staatlicher und sozialer Ordnung (siehe Anhang Finanzmathematik). Welchen Respekt soll ich vor einer solchen **Rechts- und Sozialordnung** haben?

Die Suche nach den Ursachen rein betriebswirtschaftlicher Missstände hat mich tief in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und die Gelddynamik sowie Rechtsordnung unseres Landes geführt. Ich habe gelernt, dass Geld nicht verloren geht sondern nur immer einen anderen Ort einnimmt und dass die **Ströme des Geldes** durch die **Rechtsordnung** unseres Staates kanalisiert werden. Hat der Gesetzgeber keine Macht, Geldströme sozial zu kanalisieren, hat er seine **Souveränität** eingebüßt, wenn er sie überhaupt je gehabt hat.

Der Bezug von Geld ist ein **Rechtsanspruch**. Hat jemand für mich gearbeitet, bekommt er Anrecht auf Bezahlung. So einfach ist das. Aber hat jemand, der **nicht** dafür arbeitet, sondern nur sein stetig von allein wachsendes Eigentum in Geld- und Sachwerten zwecks Fremdnutzung bereitstellt, wirklich einen **Rechtsanspruch auf Arbeitsertrag anderer**

in einer solchen Größenordnung, wie er sich mittels **weltweit offenem Geldsystem** aus diesem Sozialgebilde Deutschland herausholen lässt? Ist das Globalisierung? Mir kamen da Zweifel. Mit diesen Zweifeln ging ich fragend auf Kongresse, habe mich mit Kollegen, leitenden Krankenkassenmitarbeitern, Bankern, Chefs diakonischer Einrichtungen, Krankenhausverwaltungsleitern und Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen getroffen. Alle haben sie mir den Sachverhalt bestätigt. **Sie leiden alle darunter, und gehen zunehmend mehr oder weniger leise pleite.** „Ohne Kunde kein Job,“ verkündet Peter Hartz seine Halbwahrheit, Preise mit hohen Kapitalertragsanteilen schaffen aber keine Arbeitsplätze – auch wenn eingekauft wird.

Wir leben in einem Land, in dem der Brutto- wie Netto-Kapitalertrag seit rund drei Jahrzehnten weitaus schneller wächst als die Wirtschaft. **Dies ist Un-Recht, Arbeit-(nehmer) und Kapital-(eigner) sind vor dem Gesetz nicht gleich.** Dies ist Zerrüttung unserer Sozialordnung, ohnmächtig betrachtet von einer Regierung, die sicherlich keine Zeit hatte, sich in diese **Gelddynamik** einzuarbeiten, oder die gerade diese Eigenschaft des Geldes gut kennt und so eben (ihre) Geschäfte macht.

Die Antwort auf meine **Petition beim Deutschen Bundestag** - Aktenzeichen: Pet 2 / 14 / 15 / 8272/ 046748 - gab dieser Sichtweise unter dem Blickwinkel der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zwar recht, verwies aber diese Eingabe zur weiteren Beratung an das Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland. Dort versandete der Vorgang in der Bürokratie.

Politische Forderungen:

Kapitalerträge, Mieten, Verzinsungen, Dividenden sind leistungslose **Einnahmen** aus Arbeit, die auf der anderen Seite **den Lohn für Arbeit mindern**. Allein die anteilig sinkende Lohnsumme wird zur Finanzierung des gesamten Sozialstaates herangezogen. Mehr als 50% aller Renditen werden über Staat und Sozialordnung „erwirtschaftet“ (18% BIP = 380 Mia. €uro), **80% aller Steuern sind per Saldo Kapitalertrag!** Daneben erfreuen sich Kapitalertragsbezieher ihrer fehlenden Beteiligungspflicht an der Finanzierung sowohl unseres Staates als auch dessen Sozialsysteme. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seinem Urteil über die freiwillige Krankenversicherung der Rentner darauf hingewiesen, dass **alle (!) Einkommensarten** zur Sozialversicherung herangezogen werden müssen. Täten wir dies, halbierten sich die Beitragssätze zur Sozialversicherung (siehe Abb. 10). Da diese Regelung nur möglich wird mit einer strikten Kapitalverkehrskontrolle, die ihrerseits das Ausplündern ganzer Volkswirtschaften verhinderte (**nicht nur bei uns!**), sind hier **Bankstrukturmaßnahmen** notwendig, wenn sich Deutschland nicht erneut in ein **Armenhaus** verwandeln soll. Alternativ wären derartige Sozialabgaben zu zahlen dort, wo Kapital-**Kosten** steuermindernd gelten gemacht werden, beim Finanzamt!

Wenn die Behauptung gilt, dass Kapital Arbeitsplätze schaffe, warum ist dann dieser Arbeit(splatz)geber von den in Deutschland geltenden Sozialversicherungspflichten befreit? Die **Fremdfinanzierungs-Quote** der deutschen Wirtschaft liegt bei 85-90% (in den neuen Bundesländern bei 93%!), d.h., den deutschen Unternehmern gehört nur noch 10-15% des Produktiv-Kapitals, **Eigentümer und damit Arbeitgeber ist im Wesentlichen nur noch der Kapitaleigner**, nachdem bereits frühere Arbeitsformen zerstört wurden. Beteiligte sich Kapitalertrag wie Unternehmer-Gewinn an den **Arbeitgeberpflichten**, so wäre jedes Bruttogehalt in Deutschland um 22% entlastet. Unternehmer hätten im Jahre 2002 **180 Milliarden €uro** mehr Gewinn. Dieser Betrag wäre entweder zu versteuern oder stände zur Verfügung als Jahres-Brutto-Lohn von 40.000 €uro für 4.5 Millionen arbeitssuchender Mitmenschen. **Überproportionaler Kapitalertrag ist allein die Ursache für Arbeitsplatzabbau und permanent steigende Arbeitslosigkeit, nicht nur in Deutschland.** Arbeit haben wir genug – nur das Geld für die Bezahlung läuft durch unberechtigte Hände. Es handelt sich um eine verfassungswidrige **systemische Bereicherung** einer internationalisierten Minderheit aus der volkswirtschaftlichen Arbeit der Mehrheit.

Meine Praxis hätte nicht 31.000 €uro **Sozialabgaben**, sondern nur 55% davon, 50% Arbeitnehmer- und 5% Unternehmer-Anteil, **45% Kapital-Anteil!** – hier wäre ein Arbeitsplatz spielend drin, den wir dann auch bezahlen könnten ohne einen Cent Mehreinnahmen von den Krankenkassen. (siehe dazu auch den Flyer im Anhang)

In allen Schulen sollten Schüler und Schülerinnen die sozial schädliche Wirkung des zinstragenden Geldes gelehrt bekommen an Stelle von Börsenspielen nach Schulschluss bei den Banken.

Sollte eine Korrektur der gegenwärtigen Entwicklung nicht möglich sein, droht der Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland eine neue Diktatur, diesmal die **Diktatur des Kapitals**, wie bereits schon durch die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds für andere Länder aufgezeigt und hierzulande durch die **Agenda 2010** begonnen. Soziale Spannungen aufgrund struktureller Gewalt sind die Folge. Die Verfassung der BRD hätte nur noch Papierwert.

Wer soziale Ordnung, Bildung, Solidarität, **Freiheit** des Geistes, **Gleichheit** vor dem Recht und **Brüderlichkeit** in der Wirtschaft will, muss lernen, dass dieses Geldsystem ohne effektive Gegensteuerung innerhalb von zwei Generationen jede Sozialordnung zerstört. Für weniger wirtschaftsmathematisch interessierte Bürger empfehle ich als Nachmittagslektüre das **Märchen „Momo“** von Michael Ende. Der Autor beschreibt darin das, was ich mit nüchternen Zahlen darzustellen versucht habe.

Noch gilt das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland**. Artikel 14 Absatz 2 besagt, Eigentum verpflichtete, sein Gebrauch solle auch dem Gemeinwohl dienen. Gegen diesen Artikel wird seit rund dreißig Jahren hierzulande verstoßen. Im Artikel 20 Absatz 1 heißt es: „**Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Bundesstaat**“ und weiter in Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Auf dem Weg in diese Finanzdiktatur ist **Widerstand oberste Bürgerpflicht**. So steht es auch in der Verfassung der ersten Republik Frankreichs nach der französischen Revolution (siehe Deckblatt).

Dieser Widerstand gilt einem **Tabu** und einem **Unwissen** über unser Geldsystem, das letztendlich auch dem Gutwilligsten die Möglichkeit nimmt, sich nach seinen Fähigkeiten sozial in unserem Gemeinwesen einzubringen durch Arbeit, Solidarität und Mitmenschlichkeit. Um diese Qualitäten staatlicher Ordnung geht es auch bei den Demonstrationen gegen Hartz IV. Die Demonstranten wollen nicht Demokratie auf dem Papier, sondern als reale Staatsform.

Es ist eine Lobbyisten-Lüge, dass Sozialabgaben und Steuern in Deutschland zu hoch seien. Abb. 11 zeigt den „deutschen Michel auf Arbeitssuche“, am meisten **belastet durch Kapitalertrags-Anspruch**. Jeder Arbeitende in Deutschland zahlt heute durchschnittlich 50% Abgaben, 28% für Netto Kapitalertrag, den Rest teilen sich völlig ungleich Staat und Sozialordnung. **Deshalb ist Deutschland so teuer**. Abb. 12 (Übersicht) zeigt, wo hierzulande das erarbeitete Geld landet.

Deutschland ist „überfischt“, die „Fangflotte“ ist zu groß, aber niemand ordnet die „Fangquote“. So wie wir die Erde ausbeuten, so quälen wir auch unsere soziale Mitwelt – es lässt sich nachrechnen, und ist **grundrechtswidrig**. In Kurzform habe ich diese Problematik auf einen Flyer geschrieben und in mein Wartezimmer gelegt (siehe vorletzte Seite). Viele Mitmenschen fangen an zu fragen und merken, dass sie um den Ertrag ihrer Arbeit betrogen werden, vor allem diejenigen, die heute noch in unser Sozialbudget einzahlen und jene, die von dem Geld des Sozialsystems für ihre Arbeit bezahlt werden.

Die Übersicht (Seite 45) zeigt deutlich: Nicht Brutto-Beträge sollten in der Politik genannt werden, sondern **Salden**, d. h. **Netto-Kaufkraft**. Es ist eines Rechtsstaates unwürdig, zu erleben, dass leistungsloses Einkommen gerade dort steigt, wo sowieso schon genug vorhanden ist. 85% der Bevölkerung sind Netto-Zahler in diesem System, sie erhalten weniger Zinseinkünfte, als sie über Endverbraucherpreise zahlen. Nur die wenigsten kennen dieses gut gehütete **Tabu**.

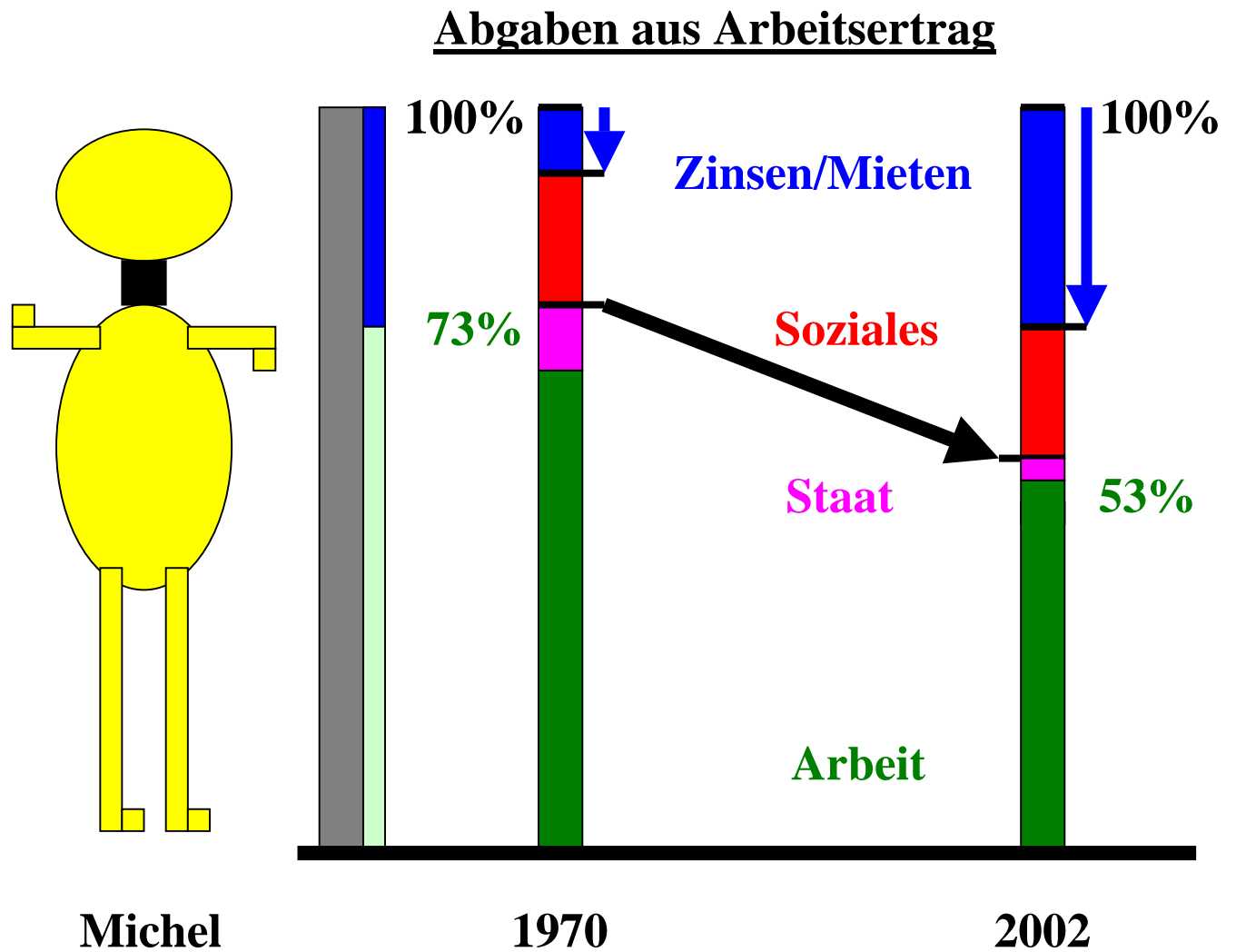
Eins geht eben nur, entweder wir wollen **Demokratie und Solidarität**, oder wir gestatten **Profit dieser Größenordnung** und nennen den daraus resultierenden Kampf Jeder gegen Jeden **Eigenverantwortung**. Ob wir noch eine freie Wahl haben?

Langenhagen, den 01.09.2004

Dr. Dieter Petschow

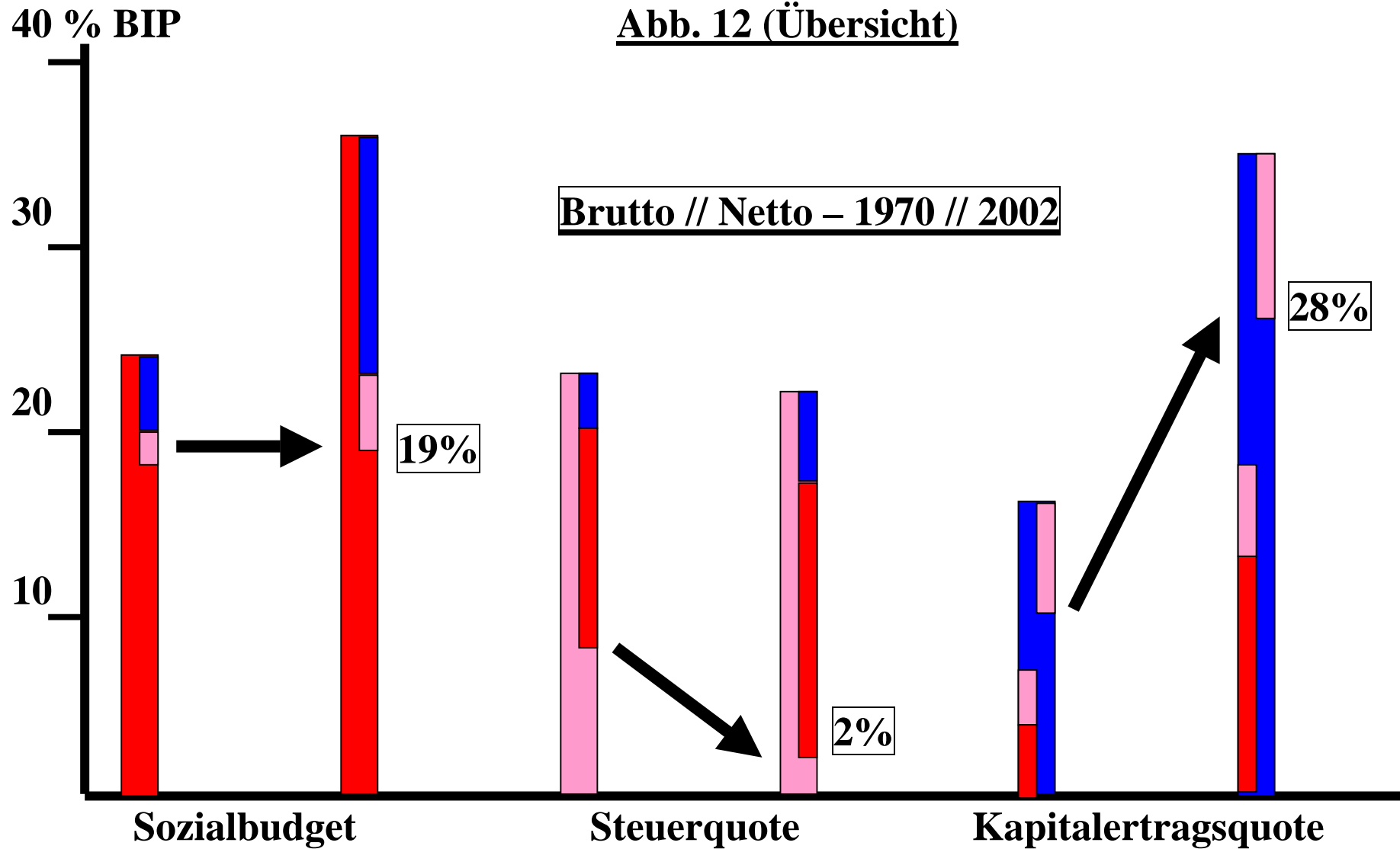
Mitglied bei Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V.

Abb. 11



Dr. Dieter Petschow, 30855 Langenhagen, Am Kielenkamp 35
 Mitglied bei www.cgw.de, www.inwo.de, www.kairoseuropa.de, www.attac.org.

Abb. 12 (Übersicht)



**Überblick: Das Sozialbudget, bereinigt von Kapitaleinkommen und Steuerpflicht, bleibt über 30 Jahre fast konstant.
Die Steuerquote, bereinigt von Kapitaleinkommen und Sozialpflicht, tendiert gegen Null.
Der Kapitalertrag bekommt aus Sozialbudget und Steuern weitaus mehr, als an Steuern zurückfließen.**

Quelle: BMfA, Bundesbank, eigene Berechnungen

Dr. Dieter Petschow dr.pet.prax@t-online.de

Quellen: Statistisches Taschenbuch, BMfA, - als CD erhältlich, 2003

Monatsbericht 05/2003, BMfFi, Quoten als wichtige gesamtwirtschaftliche Größen

www.bundesbank.de, Zeitreihen

www.geldreform.net

www.inwo.de

Barmer Ersatzkasse, Presseseminar am 26.08.1999 in Berlin

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Anhang: Saldierung von Allokationsquoten,

eine kaufmännische Darstellung sozialpolitischer Sachverhalte.

Wir sind es gewohnt, **Brutto-Beträge** genannt zu bekommen, und bestaunen die Entwicklung und Höhe von volkswirtschaftlichen **Quoten**. Dabei merken wir nicht, dass hier **Umsätze** aufaddiert werden, nicht aber deren **Kaufkraft**, obwohl allein diese die Marktmacht des Geld-Empfängers bestimmt. Jeder ordentliche Kaufmann aber bildet die Differenz von Soll und Haben, eben den **Saldo**.

Steuern sollten bereinigt werden von **Kapital- und Sozialdienst**, nur so ist dem Staatsbürger einsichtig, wohin er zahlt und mit welchem Effekt. **Sozialbeiträge**, egal ob direkt aus der Arbeitswelt oder als Zuschuss von öffentlichen Kassen, sollten **Steueranteile und Kapitaldienst** ausweisen, um die tatsächliche Verteilung erarbeiteter Geldbeträge an die Empfangsberechtigten dazustellen. Und schließlich sollte aus Gründen der Übersichtlichkeit die fehlende Belastung von **Kapitalerträgen** in diese Betrachtung mit aufgenommen werden, um zu zeigen, dass hier **kein Cent Sozialabgabe**, bei Investitionen (das ist Bildung von **Eigentum**) auch kein Cent Steuern in den Saldo eingehen. Nur die so ermittelten **Netto-Quoten für Steuern, Sozialabgaben und Kapitalerträge** sind volkswirtschaftliche Summanden, die ohne gemeinsame Schnittmenge, d. h. **kein Euro wird doppelt bilanziert**, vom Gesamtertrag abgezogen werden können und somit in einer ökonomischen Bilanz als Summen und Salden den **Ertrag für die Arbeitenden** (effektiver Lohn) darstellen.

Diese Berechnungen wurde für die Jahre 1960 bis 2000 in 10-Jahres-Schritten, dann für das Jahr 2002 als letztes zur Verfügung stehendes Wirtschaftsjahr durchgeführt. Eine Hochrechnung auf das Jahr 2010 ergibt sich aus der graphischen Fortsetzung der so ermittelten Netto-Quoten. Die so **saldierte volkswirtschaftlichen Anteile** lassen sich auf drei Arten graphisch darstellen:

1. in **rel.% des BIP** als Ausdruck des Anteils am Ganzen (Abb.A1),
2. als **reale Veränderung der Kaufkraft** im Verhältnis zu den Preisen von 1970 = 100% (Abb.A2), und
3. in **nominaler Entwicklung** zu den jeweiligen Preisen.

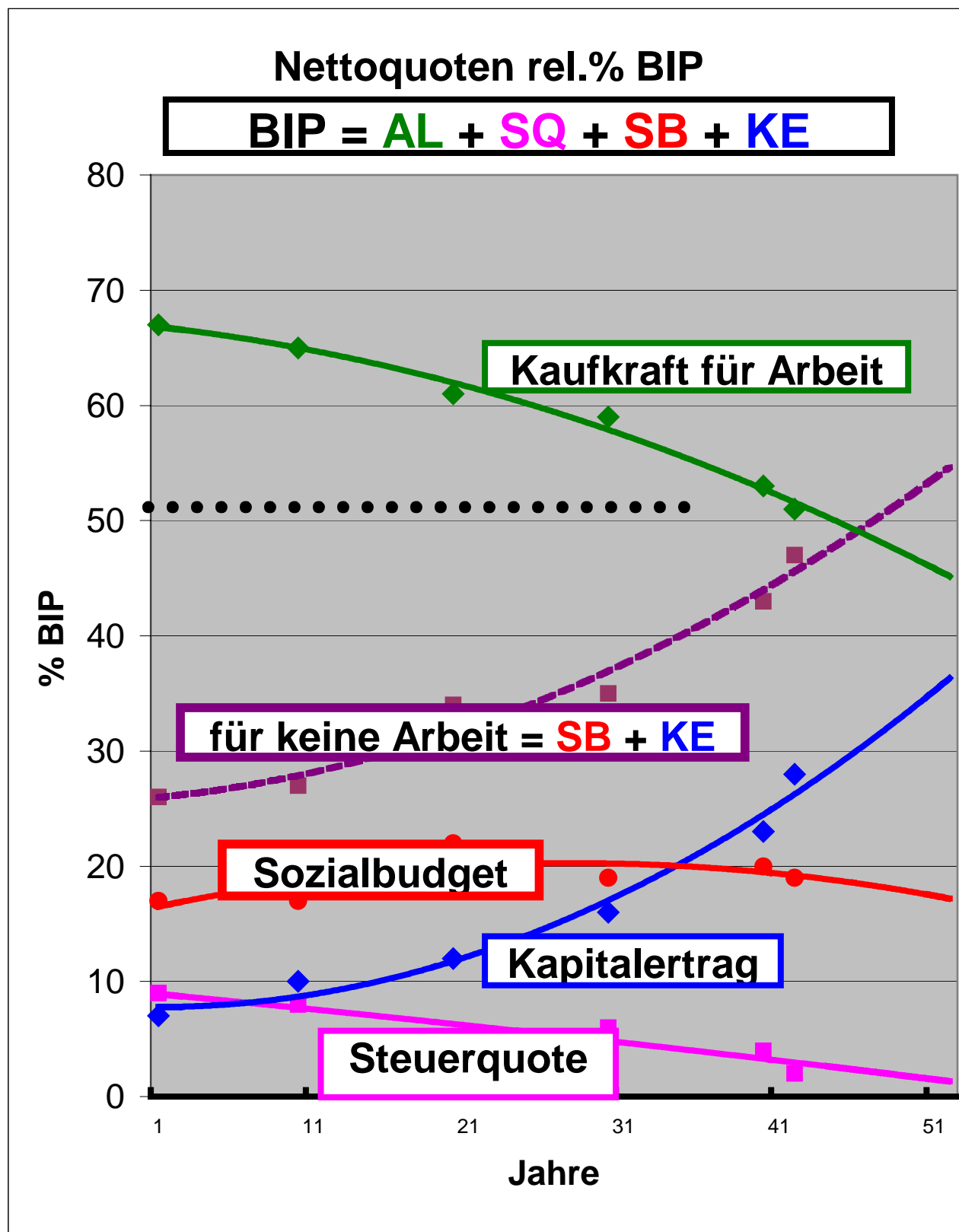
Abb. A1 zeigt in rel. % BIP am deutlichsten, was in den letzten 40 Jahren in Deutschland geschehen ist. Steuerquote, Sozialbudget und Kaufkraft für Arbeit sanken anteilig kontinuierlich, Kapitalertrag wuchs deutlich überproportional. Sozialbudget und Kapitalertrag wurden **ohne arbeitende Gegenleistung** (Kurve „für keine Arbeit = SB + KE)

eingekommen bzw. gezahlt. Die Summe solcher Einkünfte liegt heute bei ca. 50% BIP und zeigt gerade die Leistungsfähigkeit einer hochproduktiven Volkswirtschaft, die mit nur ca. 50% Arbeitsertrag und kaum noch Steuerquote trotzdem noch funktioniert – eine Glanzleistung unter diesen geldpolitischen Bedingungen. In diesen Tagen gibt die Wirtschaft ca. **20% für sozial Bedürftige**, ca. **30% an Besitzende**. Staat und Arbeit teilen sich 50%, wobei der Staat fast keine Netto-Einkünfte mehr hat. Wer eine solche Wirtschaft als „Schlusslicht“ bezeichnet, weiß nicht, wovon er redet.

Zu Preisen von 1970 hat sich die Wirtschaftsleistung – gemessen in Geld – bis zum Jahr 2000 verdoppelt. Abb. A2 zeigt die reale Kaufkraft-Entwicklung der Allokations-Quoten. Auch hier fällt die Dominanz des Kapitalertrages auf, **Steuern für staatliche Aufgaben versiegen**, das Sozialbudget wächst unterproportional, Erhöhungen des effektiven Lohnes werden trotz Wirtschaftswachstum immer geringer, stagnieren schließlich. Hier zeigt sich deutlich das Gesetz vom negativen Grenznutzen (2. Gossen'sches Gesetz). Investitionen retten am **Neubeginn einer zerstörten Volkswirtschaft** vor dem „Verdursten in der Wüste“, weiteres „Wasser“ bewirkt Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit, aber immer mehr „Trinkmenge pro Tag“ führen auch bei bester Kondition schließlich zu „Erbrechen und Kollaps“.

Vom Standpunkt sozialstaatlicher Organisation ist ein weiteres Anwachsen des Kapitalertrages mit fehlenden, schließlich mit **absinkender Kaufkraft für Staat, Sozial- und Arbeitswelt** verbunden. Mehr Produktivität durch mehr Investition hat volkswirtschaftlich verheerende Wirkung, der gesamte Mehrwert und darüber hinaus landet allein auf den Konten nicht mitarbeitender Kapitaleigner, erhöht darüber hinaus das Heer Arbeitsuchender. Der exponentielle Anstieg des Kapitalertrages, abgezogen vom BIP, (Abb. A3), führt schließlich zum monetären Zusammenbruch der Wirtschaftsordnung, die trotz (erhofftem) linearem Wachstum der Gesamtwirtschaft für die Arbeit, den Staat und das Sozialwesen nur noch abfallende Beträge erübrigt. Der sog. Grenznutzen wird volkswirtschaftlich negativ wie bei jedem überschuldeten Kollektiv. Wirtschaftswachstum nutzt kurzfristig allein nur noch dem Kapitaleigner, mittelfristig gilt der Leitspruch des früheren Vorstandspräsidiums der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen: **„Die Entschuldung der Schuldner ist im wohlverstandenen Interesse der Gläubiger.“** Wirtschafts-Bankrott nützt noch nicht einmal den Profiteuren. Vor dieser Alternative stehen wir heute – und Politik erstarrt in Untätigkeit. Die Kuh, die Milch geben soll, wird durch melken umgebracht – in Deutschland nennt man dies Wirtschaftspolitik.

Abb. A1. Entwicklung saldierter Allokationsquoten von 1960 bis 2002, extrapoliert auf 2010



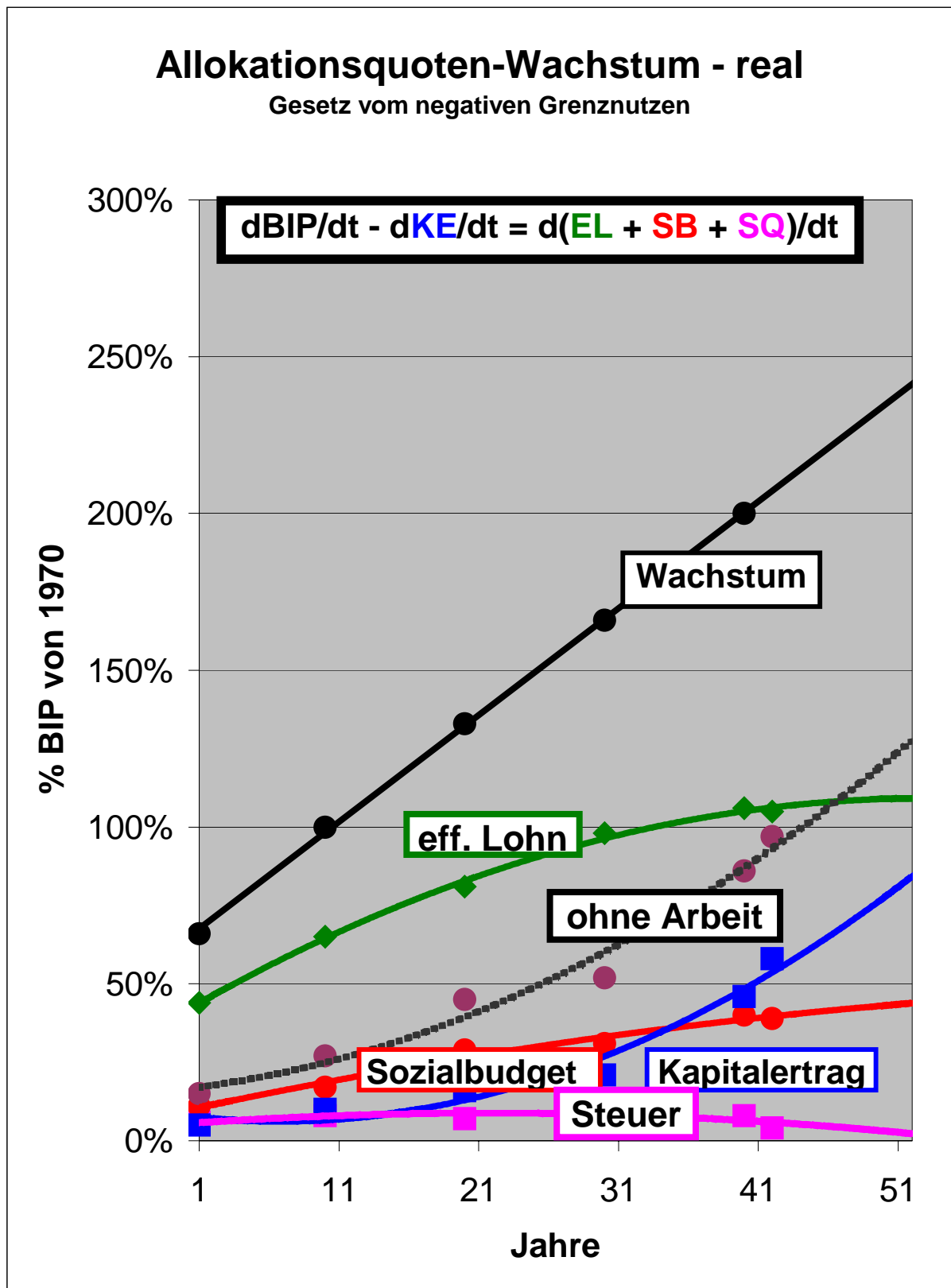


Abb. A2: Entwicklung der saldierten Allokations-Quoten von 1960 bis 2002, extrapoliert auf 2010. Steuerquote nähert sich Null, Arbeitsertrag wächst nicht mit, Sozialbudget wächst unterproportional, Kapitalertrag überproportional.

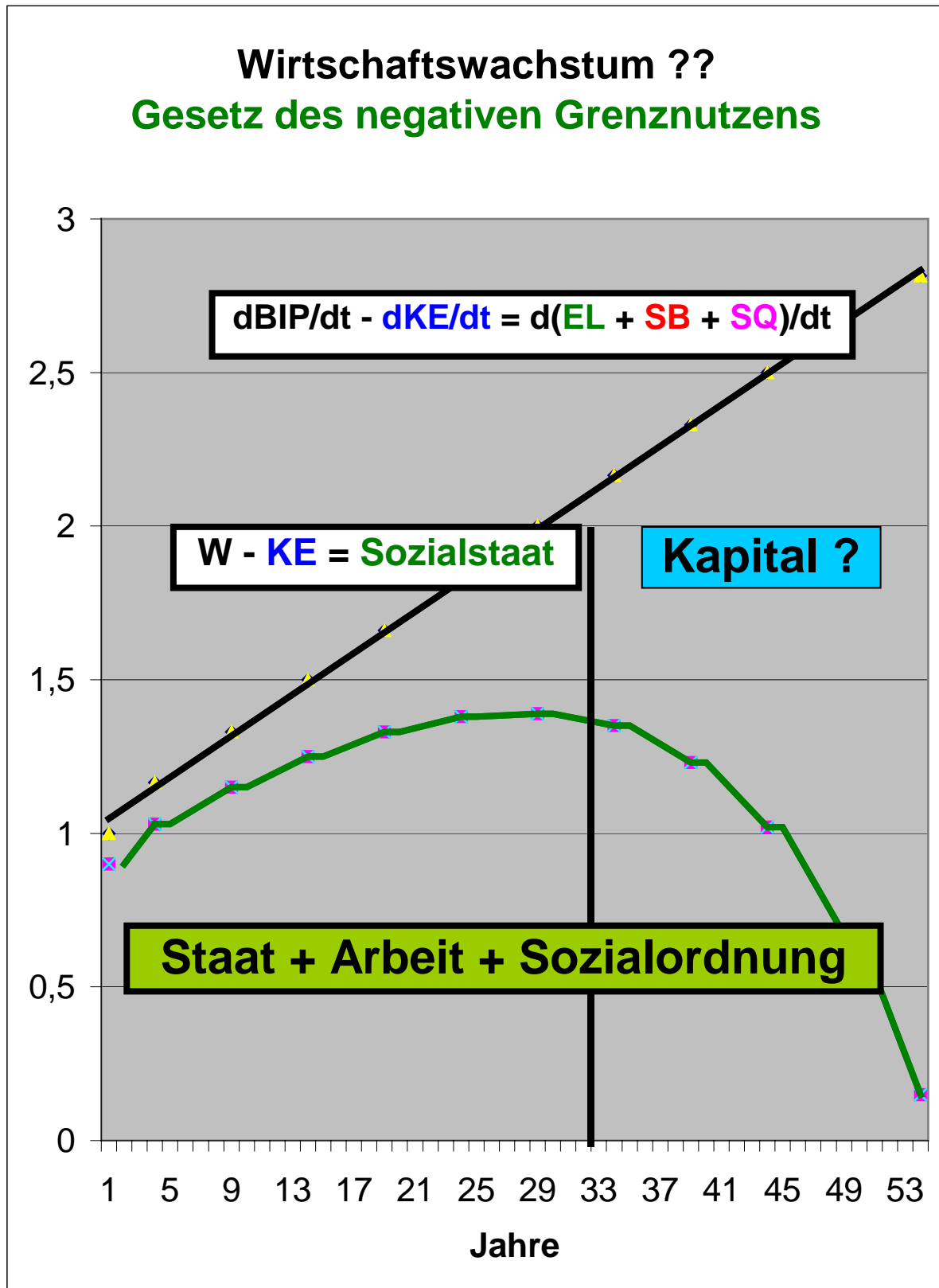


Abb. A3. Negativer Grenznutzen für Staat, Arbeitswelt und Sozialwesen bei exponentiellem Wachstum des Kapitalertrages. (2. Gossen'sches Gesetz)

Liebe Mitbürger!

Wussten Sie schon, warum unser **Sozialstaat** in die Krise läuft, warum **Krankenkassen** und **Rentenversicherung** kein Geld haben, wie seine Bürger um den **Ertrag** ihrer **Arbeit** gebracht werden?

Ihre Arbeitswelt ist mit mehr als **6,5 Billionen (!) EUR** verschuldet. Alle arbeitenden Menschen zahlen dafür jährlich ca. **740 Milliarden EUR** für **Zinsen und Mieten** an wenige Mitbürger, die dafür nicht arbeiten müssen.

Das sind mehr als alle Steuern noch einmal.

Jeder Arbeitnehmer in Deutschland bekommt für **täglich 3 Stunden Arbeit** keinen Lohn, der **Ertrag** seiner Arbeit geht an die **Geldgeber**.

Jeder Haushalt in Deutschland zahlt jährlich auch ohne eigene Schulden **17.500 EUR Zinsen** über die Endverbraucherpreise.

Auf **Einnahmen aus Geldgeschäften** entfallen weder Anteile zur **Renten-** und **Krankenversicherung**, noch für **Altenpflege** oder **Arbeitslosigkeit**.

Alle **Sozialversicherungen** werden von der **Lohnsumme** bezahlt, **Kapitaleinkünfte** sind ausgenommen – kommen aber aus **Arbeit** in **unserem Land**. Oder haben Sie schon einmal gesehen, wie **Geld arbeitet** ?

Kapitaleinkünfte wachsen, **Löhne und Gehälter** sinken - anteilig. Wären **Kapital** und **Arbeit** gleichverpflichtet, zahlten Sie an Ihre **Krankenkasse ca.7%**, an die **Rentenversicherung ca. 14%** Ihres Brutto-Lohnes. Das wäre Senkung der **Lohnnebenkosten**.

Nur so verringert man Arbeitslosigkeit.

Dr. med. Dieter Petschow , 30855 Langenhagen - CGW – Christen für gerechte Wirtschaftsordnung
E-Mail: dr.pet.prax@t-online.de

Wirtschaftsmathematik:

Das BIP ist seit 1950 kontinuierlich, d. h. **linear** gestiegen. Es folgt demnach der mathematischen Funktion einer Geraden:

$$\boxed{y = an + b, \text{ oder } BIP_n = \text{durchschnittl. Zuwachs} \times \text{Jahre} + BIP_{1970}}$$

$$BIP_{1970} = 675 \text{ Mia. DM oder } 340 \text{ Mia. €uro}$$

$$BIP_{2002} = 2.100 \text{ €uro}$$

$$\text{Durchschnittliches Wachstum } 2.100 - 340 / 32 = 55 \text{ Mia. €uro pro Jahr}$$

In Preisen von 1990, ist das BIP von 1970 bis 2002 um den Faktor 2,0 gestiegen (Realanstieg).

$$BIP_{1970} = 1,0, BIP_{2002} = 2,0$$

$$\text{Wachstum } 2,0 - 1,0 / 32 = 1/32 \text{ pro Jahr} = 0,033 \text{ oder } 3,3\% \text{ vom } BIP_{1970}.$$

Der Kapitalertragsanteil ist seit 1950 überproportional, d. h. **exponentiell** gestiegen, d. h. er folgt der mathematischen Funktion

$$\boxed{KE_n = KE_0 (1 + ZW)^n}$$

$$KE_{1970} = 65 \text{ Mia. DM oder } 33 \text{ Mia. €uro}$$

$$KE_{2002} = 590 \text{ Mia. €uro, } n = 32 \text{ Jahre, daraus folgt:}$$

ZW (Zinswachstum) 10% per anno (nominal)

$$KE_{1970} = 0,1 \times BIP_{1970}$$

$$KE_{2002} = 0,28 \times BIP_{2002} = 0,28 \times 2 \times BIP_{1970}, \text{ daraus folgt Realanstieg:}$$

$$0,56 = 0,1 (1 + ZW)^{32}, \text{ daraus folgt:}$$

ZW (Zinswachstum) 5,5% per anno (real).

Während das BIP jährlich einen gleichen Betrag zunimmt ($1/32$ vom BIP_{1970}), steigt der Kapitalertragsanteil real exponentiell mit einer Rate von 5,5% per anno.

AL (Lohn) = „effekt.Lohn“ (EL) + Netto-Steuer (NSt) + Netto-Soz.-Budget (NSo)

AL = BIP - Kapitalertrag (KE)

$$AL_n = \frac{1 + 1/32 \times n}{\text{(linear)}} - \frac{0,1 (1 + ZW)^n}{\text{(exponentiell)}}, \text{ für kleine } n \text{ ansteigend, für große } n \text{ wieder}$$

abfallend auf

Arbeitslohn wird null!

Was bedeutet, dass die Sozialordnung mit diesem System nach zwei Generationen zerbricht

.... und das ist morgen !